

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 M.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 30 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 6 gezeigte Petition kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60 II, zu senden.

Nr. 17

Sonntag, den 28 April

1912

Zum 1. Mai.

Schwere wirtschaftliche und politische Kämpfe erschüttern die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft.

Die Konzentration der Produktion und Maschinenunternehmungen und der Warenhandel im Binnen- wie im Weltverkehr haben gewaltige Formen angenommen.

Arbeiterheere macht sich der Kapitalismus dienbar, um große Profite aus dieser Entwicklung zu ziehen.

Märchenhaft ist der Glanz und der Reichtum, den die Kapitalistenklasse mit dem erlassenen Gewinn entfaltet.

Keine Geschichtsperiode kann einen Vergleich aushalten mit der in der Gegenwart stattfindenden rücksichtslosen Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft zur Erlangung großer Kapitalien. Und die herrschenden Faktoren, die bestehenden und regierenden Klassen, sind bemüht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln diesen Zustand fürder aufrecht zu erhalten. Das muß starke Erschütterungen und heftige Kämpfe zwischen den Gesellschaftsklassen des bürgerlichen Staates hervorrufen.

Von dieser kapitalistischen Majerei werden die produzierenden Kräfte, die Arbeiter, schwer getroffen, an Leib und Seele. Ihre Gesundheit, ihr Leben steht jeden Augenblick auf dem Spiele; ihr Wohlergehen ist vergällt, vernichtet; sie sind Sklaven des Kapitalismus, der ihnen das Lebens Fundament raubt und ihre Arbeitskraft bis zur völligen Erschöpfung auspreßt.

Wie? Das sollten Menschen, die man so zu Lasten machen möchte, willig und ohne Widerstand zu leisten, ewig über sich ergehen lassen?

Es hieße an jeder menschlichen Empfindung verzweifeln, wollte man annehmen, dieser Zustand werde ein dauernder sein.

Nein! Der Charakter der Massen hat mit der kapitalistischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft ebenfalls eine andere Bildung angenommen. Das Verlangen nach menschlich-würdigen Genüssen wird in den Massen angeregt durch die in vollen Höhen geniesenden bestehenden Klassen. Das Verlangen nach einem menschenwürdigen Dasein läßt die zur Entbehrung Verdammen nach Mitteln forschen, wie ihrer Lebensqual bei stetiger Arbeit ein Ende bereitet werden kann.

Da sind sie zu der Erkenntnis gelangt, daß der Einzelne nichts vermag, sondern daß alle unter den traurigen Umständen Leidenden sich nur gemeinsam von der ihnen von Menschenwillen und Menschenhand bereiteten Qual befreien können. Da durchzieht die ausgebeuteten Arbeiterheere der Gedanke, daß sie nicht willenlos an die Sklaven der Ausbeutung sich fesseln lassen dürfen, die sie zu einer Quelle für die Wohlfahrt Aller zu gestalten berufen sind. Da lernen diese Massen, angeregt durch sozialistische Ideen, ihre eigene Arbeit richtig zu bewerten und finden, daß sie die Schöpfer aller Reichtümer sind, die man ihnen mit dem Schein eines falschen Rechts raubt.

Nun wohl! Nun gilt es, dieser Ausbeutung, dieser Entwürdigung des Menschen ein Ziel zu setzen. Fort mit dem System, auf dem sie beruht! Das ist das Ziel der sozialistischen Arbeiterchaft. Schrittweise muß um die Erreichung dieses Zieles gerungen, gekämpft werden. Darum verlangen die organisierten Arbeiter zunächst und sofort eine Verringerung der Ausbeutung.

Her mit dem Achtstundentag!

Er erhält dem Körper die zur Arbeit erforderliche Kraft und gibt dem Geist die Möglichkeit zu weiterer Vorbereitung für Kulturzwecke.

Wer wagt es, diese Forderung unbillig zu nehmen? Die es tun, sind die Feinde der Arbeiter, sind Verbrecher an der Menschheit, die in ungezügelter Egoismus die Massen ihrer Profithucht opfern.

Sie sind es auch, die das ebenso schwere Verbrechen an der Menschheit, den Krieg vorbereiten, den sie für ihre Zwecke brauchen. Den Krieg, in dem die Söhne der arbeitenden Klassen ihr Leben für die Ausbeuter ihrer Eltern und ihrer Klassenossen auf Spiel setzen müssen.

Mit diesem frevelhaften Spiel der herrschenden Klassen muß ein Ende gemacht werden.

Frieden, keinen Krieg

wollen die Arbeiter. Die Nationen sollen ihre Interessen in verständigem Zusammenwirken fördern und etwaige Differenzen durch vernünftige Verhandlungen im friedlich-erhellenden Wege erledigen.

Wer wagt es, diese wahrer Menschenwürde entsprechenden Anschauungen zu verhöhnen und sie als eine Utopie zu bezeichnen? Die Feinde der Arbeiter, die alle kriegerischen Machtmittel verstärken, nicht etwa nur zur Abwehr sogenannter äußerer Gefahren, sondern um die Arbeiter der eigenen Nation niederhalten zu können.

Welch ein Hohn! Man drückt die Söhne der Arbeit zur Bekämpfung der eigenen Klassengenossen, zur Feindseligkeit gegen die eigenen Eltern! Das tut der bürgerliche „Kulturhaas“!

Wollen die Arbeiter diesen Staat zu einem wirklichen Kulturstaat machen, wollen sie der menschlichen Gesellschaft würdige Normen verleihen und sie auf eine höhere Kulturstufe bringen, so bedürfen sie dazu der höchsten politischen Rechte, unter denen

das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht voransteht.

Her mit dem allgemeinen Wahlrecht für den preussischen, wie für alle bundesstaatlichen Landtage! Das ist die Parole der Arbeiter.

Seit dem ersten internationalen Arbeiterkongress der Arbeiter in Paris, am hundertsten Jahrestage der großen französischen Revolution, demonstrieren die organisierten, sozialistischen Arbeiter der ganzen Welt für die obigen Forderungen. Sie stellen damit eine Warnungstafel auf für die Feinde der Arbeiter. Ausbeutung und Entwürdigung der Arbeiter muß verschwinden. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung soll gefördert werden in der Richtung zu den Endzielen der Arbeiter.

Versuchen die herrschenden Klassen, diese Entwicklung aufzuhalten, so verschärfen sie die Kämpfe, die um die Entfaltung besserer Zustände geführt werden. Suchen sie die Arbeiter in ihrem Streben mit Gewaltmitteln aufzuhalten, so werden sie von der immer mächtiger anschwellenden Arbeiterbewegung doch beiseite gedrängt werden.

Es gibt keine Schranke gegen den festen Willen und gegen die Vorkraft der Arbeiter. Vorwärts führen sie mit unübersteiglicher Kraft und feiern den 1. Mai in der Hoffnung auf die baldige Erreichung ihres Zieles.

Hoch der 1. Mai!

Die würdigste Feier des 1. Mai ist die Arbeitsruhe!

Wie's gemacht wird.

Die allezeit reaktionäre sächsische Regierung hat seit dem Falle des Sozialistengesetzes sich mit allen Finissen dagegen gewandt, daß die Arbeiter als gleichberechtigte Staatsbürger angesehen und behandelt werden. Es ist ein eigenes System, das sich in Sachen zum Zwecke der Bekämpfung der organisierten Arbeiter herausgebildet hat, ganz gleich, ob es sich dabei um politisch oder gewerkschaftlich organisierte handelt. Und wie seinerzeit die Methode der kartellierten Reaktionen, der sächsischen Konservativen und Nationalliberalen, für die Reaktionen im Reich mustergültig war, so ist auch die spezifisch sächsische Art der Arbeiterbekämpfung nachgeahmt worden.

Wurde die sächsische Regierung im Landtage zur Rede gestellt über die zweifelhafte Art der Handhabung der Gesetze und die Benachteiligung der Arbeiter, dann stellen sich wohl die Minister hin und sagten, sie seien für die unterschiedslose gleiche Anwendung der Gesetze, aber sie taten nichts im Verwaltungswege, die Behörden zur Einhaltung dieser Regel anzuhalten. Mehr noch. Mühten sie gesetzliche Uebergriffe zugeben, dann suchten sie diese mit allerhand Ausflüchten zu entschuldigen. Diese Methode wird heute noch angewandt.

Bekanntlich fordern die Scharfmacher des Unternehmertums ein Verbot des Streikpostenstehens, überhaupt strengere gesetzliche Maßnahmen gegen streikende Arbeiter. Nach dem Ausgang der letzten Reichstagswahlen ist aber wenig Hoffnung, diesen Wunsch der Scharfmacher in Erfüllung gehen zu sehen. Das weiß auch die sächsische Regierung. Da ihr nun diese Trauben zu hoch hängen, stellt sie sich, als ob sie selbst einer Ausnahme-gesetzgebung abhold sei. Dafür aber läßt sie nach der oben geschilderten Methode die schärfste, widergesetzliche Behandlung der Arbeiter durch die Polizei nicht nur geschehen, sondern verbietet solche Handlungen der Polizei.

In Plauen im Vogtlande wurde beim letzten Textilarbeiterstreik den streikenden Arbeitern das gesetzliche Recht des Streikpostenstehens durch örtliche Polizeimaßnahmen völlig unmöglich gemacht. Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags richtete deshalb eine Interpellation an die Regierung, was sie zu tun gedente, um diesen Zustand zu beseitigen.

Der Abg. Winkler konstatierte, daß die Plauener Polizei vom ersten Tage der Lohnbewegung an die Interessen der organisierten, sowie einzelner Unternehmer vertreten habe. Sie hat das Streikpostenstehen verboten und die unteren Polizeiorgane haben das Verbot streng durchgeführt.

Auf Vorstellungen des Textilarbeiterverbandes hat der Polizeirat Reichig zwar erklärt, daß das Streikpostenstehen nicht verboten ist, daß aber die Wegweisung der Streikposten aus der Nähe der einzelnen Streikbetriebe auf Grund des § 173 der Plauener Verordnungsammlung möglich ist. Die unteren Polizeibeamten haben jedoch auf Befragen erklärt, Anweisung zu haben, jeden Streikposten von der Straße fortzuweisen.

Eine Beschwerde hiergegen bei der Kreishauptmannschaft hatte keinen Erfolg. Es wurde den Tatsachen entgegen behauptet, eine allgemeine Anweisung an die Polizeiorgane sei nicht erfolgt. Darauf wurde Beschwerde beim Ministerium des Innern erhoben. Waren doch sogar Verbandsbeamte, die sich zu Verhandlungen mit den Unternehmern in einen Streikbetrieb begeben wollten, fortgewiesen worden. Aber auch das Ministerium gab der Beschwerde keine Folge. Es machte die Sache mit einer großartigen Leichtigkeit ab, indem sie die Eingabe zur Erledigung an — das Polizeiamt in Plauen zurückschickte. Es setzte also die Polizei zum Richter über ihre eigenen Uebergriffe.

Nun lese man nach, wie ein sächsischer Minister dieses geschwätzige Verfahren verteidigt. Der Minister des Innern, Graf Bismarck, antwortete auf die Interpellation im Landtage folgendermaßen:

Er wünschte, daß die Polizeibehörden entsprechend der bestehenden Gesetzgebung das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer ebenso wie das Koalitionsrecht der Arbeitgeber respektieren und sich grundsätzlich jedes einseitigen Eingreifens in die Lohnkämpfe enthalten. Aus diesem Grunde würde ich dem etwaigen Ersuchen der Arbeitgeber, sie bei Streiks und Aussperrungen einseitig zu unterstützen und das Streikpostenstehen grundsätzlich zu verbieten, entgegenzutreten. Die Polizeibehörde muß sich darauf beschränken, dafür zu sorgen, daß die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten bleibt. Dazu gehört allerdings auch, daß die Arbeitswilligen nicht öffentlich bedroht, beleidigt oder gefährdet werden. Soweit sich einzelne Streikposten nach dieser Hinsicht Uebergriffe zuschulden kommen lassen, ist ein Einschreiten der Polizei geboten; die Polizei hat dafür zu sorgen, daß der freie Verkehr der Arbeitswilligen sich ungehindert abwickeln kann. (Sehr gut! rechts und in der Mitte.) Nach dem Ergebnis der Erörterungen habe ich nun nicht die Ueberzeugung, daß die Plauener Polizei das der Arbeiterschaft gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht unterbunden hat. Es ist nicht die Anweisung ergangen, das Streikpostenstehen unter allen Umständen zu verhindern, sondern nur, wenn im einzelnen Falle die Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu befürchten stand. (Abg. Müller [Soz.]: Dann sind Sie nicht unterrichtet!) Diese Anweisung kann ich nur billigen. Man muß bedenken, daß die früheren Lohnkämpfe in Plauen mit besonderer Erbitterung geführt worden sind, so daß auch diesmal mit Ausschreitungen Streikender zu rechnen war. Der Minister verliest dann eine Anzahl von Fällen, in denen Arbeitswillige von Streikenden belästigt und bedroht, ja sogar geschlagen worden sein sollen, und fügt hinzu, die Streikleitung hätte sogar verlangt, daß sich der Straßenverkehr der Streikleitung unterordnete. Das seien denn doch Dinge, die mit dem gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht nichts mehr zu tun haben. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Das Ministerium könne auch nur prüfen, ob die allgemeine Anweisung zweckmäßig und berechtigt war, nicht aber, ob der einzelne Polizeibeamte sich danach gerichtet habe. Das zu tun, sei Sache des Polizeiamts. Solche Beschwerden sind auch eingegangen und vom Polizeiamt entschieden worden, ohne daß dagegen ein Rekurs eingelegt worden wäre. Auch eine Wegweisung einzelner Streikender sei unter gewissen Umständen zulässig. Er müsse nach alledem die Erklärung abgeben: Der Regierung ist nicht bekannt, daß die Polizeibehörde in Plauen das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht der Arbeiterschaft durch örtliche Maßnahmen unmöglich macht, und sie gedenkt deshalb nicht, in die Maßnahmen dieser Behörden einzugreifen. (Bravo! rechts und in der Mitte.)

Es macht der sächsische Staatsmannskunst alle Ehre, sich mit dem Wörtchen „einseitig“ für alle Fälle den Rückzug zu decken. Nur schade, daß diese Staatsmannskunst von dem simpeln Arbeiter durchschaut wird. Sie gibt der Polizei die förmliche Anweisung, den Schutz der Unternehmerinteressen vielseitiger zu besorgen. Für ein Polizeigemüt muß das doch anreizend wirken, in allen Formen und Sätteln den Wünschen der Unternehmer nachzukommen. Vollends, da der Minister die unwahren Angaben der Polizei zu einem Ausfall gegen die Streikenden benutzte.

Das ist echt sächsische Minister-Art, wie sie im Landtage immer ein Minister dem andern nachgemacht hat. Mit dieser Art ist es möglich, das Koalitionsrecht der Arbeiter zunichte zu machen. Die Regierung ist verpflichtet, wie die Interpellanten forderten, eine Untersuchung einzuleiten, die ergeben würde, daß die Angaben der Polizei nicht wahr sind, auf die

der Minister allein sich stützte, sich also der größten Einseitigkeit selbst schuldig machte.

Füglichs macht die Polizei Reichsgesetze, wie das Koalitionsrecht, unwirksam durch Verlehrsordnungen oder sonstige Verfügungen. Die Methode der Plauener Polizei provozierte Gefahren, wie das Vorgehen der Polizei in Moabit. Es ist der Disziplin der Arbeiter gegenüber den Uebergreifen der Polizei zu danken, wenn es nicht zu gefährlichen Zusammenstößen gekommen ist. Solche Gefahren scheinen der sächsischen Regierung keine Bedenken zu erregen, sonst müßte ein Minister des Innern eine andere Stellung zur Aufrechterhaltung und Geltendmachung von Reichsgesetzen einnehmen.

Doch hiesse es Tuten nach Athen tragen, von einem sächsischen Minister, des Innern eine andere Stellungnahme zu verlangen, als Graf Bismarck beabsichtigte. In dem reinen Industriestaat Sachsen muß das Ministerium die Interessen der herrschenden, d. h. der besitzenden Klassen vertreten, sonst ließen es diese keinen Tag weiter amtierend. Das hat Graf Bismarck getan. Und nun ist es an den Arbeitern, ihre gesetzlichen Rechte gegenüber diesem ministeriellen einseitigen Eingreifen zugunsten der Unternehmer mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren.

Wie feinerzeit die sächsische Regierung mitsamt ihrer Polizei von der Sozialdemokratie auf den Sand gesetzt worden ist, so werden auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter allen polizeilichen Uebergriffen zum Trotz ihre Rechte und ihre Interessen zu wahren wissen. Wie sie das machen, das werden sie der Polizei und dem Minister nicht auf die Nase binden. Aber der Zweck wird erreicht werden. Die sächsische Polizei- und Ministerschlaubeit ist schon noch zu übertrumpfen.

Reichstagsbrief.

Nach den Osterferien begann der Reichstag seine Beratungen über den Etat mit dem Kapitel Reichseisenbahnamt und Reichseisenbahnen. Dabei traten die alten Klagen hervor, daß das Reichseisenbahnamt zu wenig Initiative hinsichtlich der einheitlicher zu gestaltenden Eisenbahnverhältnisse im Deutschen Reich entwickelte. Freilich wurde dabei auch auf neue konstatiert, daß der Einfluß der preussischen Eisenbahnverwaltung jeder Förderung dieser Frage hemmend im Wege stehe. Wie auch der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach den Forderungen sozialdemokratischer Redner auf Verbesserung der Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter und unteren Beamten gegenüber sich ablehnend verhielt.

Geradezu brüskierend ist jedoch das Auftreten Breitenbachs — der überhaupt eine für die Eisenbahnverhältnisse sehr ungünstige, ja gefährliche Rolle spielt, weil er den partikularistisch-fiskalischen Standpunkt der Plusmacherei für Preußen ausgeprägt vertritt — also geradezu brüskierend ist sein Auftreten in Fragen des Koalitionsrechts. Wie Staatssekretär Kräfte den Postbeamten das Koalitionsrecht durch Verbote und Maßregelungen für Angestellte, speziell für Arbeiter unmöglich macht, so und fast noch absolutistischer handelt v. Breitenbach den Eisenbahnern gegenüber.

Besonders der sozialdemokratische Abg. Fuchs brachte dafür Beweismaterial, daß die Eisenbahner in Aufregung gebracht hat. Einmal wird dieses System zusammenbrechen. Dann wird es zu spät sein; die Folgen dieses Systems zu unterdrücken, wie alle Gewalthaberei am Ende den Zusammenbruch nicht verhüten kann.

Als am 18. und 19. April der Justizetat zur Verhandlung kam, wurde vom Abg. Stadthagen in scharfer Weise die Klassenjustiz der deutschen Gerichte bekämpft. Eine Reihe sich widersprechender Urteile, dann die verschiedenartige Auffassung höherer Gerichte, ferner die sich verschärfende Aburteilung sogenannter Streikverbrecher, also streikender Arbeiter, wurden vom Redner für seine Behauptung treffend ins Feld geführt. Besonders die Gerichtsurteile im Ruhrgebiet gegen streikende Arbeiter fanden herbe Kritik.

Als der Staatssekretär Dr. Visco die Justiz in Schutz nahm gegen die Angriffe Stadthagens, erweiterte der Abg. Heine in ebenso scharfen Angriffen das Gebiet der Kritik an der deutschen Justiz. Auch der Fortschrittler Dr. Dove bestätigte, daß in Deutschland die Klassenjustiz grell zutage trete. Die Klassenkämpfe, hervorgerufen durch die sich immer mehr zuspitzende Klassenwirtschaft, die Folge kapitalistisch-ausbeuterischer Produktionsverhältnisse, erfassen alle besitzenden Schichten und üben auch ihren Einfluß auf die deutschen Richter. Daher die sich mehrenden Klassenurteile, die sich hauptsächlich scharf gegen die Arbeiter kehren.

Am 20. April wurde auf besonderes Drängen der sozialdemokratischen Fraktion endlich die kleine Strafgesetznovelle, aus der in der Kommission die reaktionäre Bestimmung der letzten Legislaturperiode ausgespart worden waren, in erster und zweiter Lesung, trotz des Widerspruchs des Abg. Arendt beraten.

Am 22. April begann die erste Lesung der Heeres- und Flottenvorlagen, sowie der sogenannten Dedungsvorlage, des neuen Branntweinsteuergesetzes. Die dürftige christliche Begründung der Vorlagen wollte die Regierung ergänzen, indem sie Eingangs eine ganze Reihe Redner aufmarschieren ließ.

Voran ging der Reichskanzler, der mit allgemeinen Nebenarten über die politische Situation aufwartete. Eine Enttäuschung rief er aber mit seiner dürftigen mündlichen Begründung nicht hervor, weil niemand triftige Gründe für diese neue Schröpfung des Volkes erwartet hatte.

Ihm folgten der Kriegsminister und der Staatssekretär der Marine, die beide nur die schriftlichen Motive noch einmal abhandelten.

Der neue Schatzsekretär Kühn unternahm dann eine Darlegung über den freierten Etat, der zum Zwecke leichterem Bewilligung der Militärvorlagen so

günstig wie möglich gestaltet worden ist. Er fand oft lebhaften Widerspruch, da aus seinen Ausführungen über die Reichsfinanzwirtschaft deren schwache Seiten noch deutlich genug zu erkennen waren.

Der sozialdemokratische Redner, Abg. Haase, trat den gesamten Ausführungen der Regierungsmänner sehr scharf entgegen. Unter lebhaftem Beifall der Sozialdemokraten zerkaute er die Motive für die Vorlagen, wies das Gesunkene über die „günstige Finanzlage“ zurück und geißelte die neue Belastung, die Gut und Blut des wertvollen Volkes noch mehr in Anspruch nimmt. Keinen Mann und keinen Groschen diesem System, kante die Parole der Sozialdemokratie, die wohl wisse, daß die Heeresverfärfkung gegen den „inneren Feind“ gerichtet sei, wie die Vorkommnisse im Ruhrgebiet und im Mansfeldischen bewiesen haben.

Nach ihm trat der Zentrumsabgeordnete Spahn für die Vorlagen ein, wiederholend, was die Regierungsbereiter für sie vorgebracht hatten. Für die „Wilden“ rebete dann noch Abg. Herzog, der nur einen Abgub der Spahnischen Ausführungen dem Hause gab.

Die Verhandlungen über diese Vorlagen werden wahrscheinlich beinahe die ganze Woche in Anspruch nehmen. Die Regierung wünscht natürlich, daß die Heeres- und Marinevorlagen im Galopp vom Reichstage bewilligt werden.

Rundschau.

Die Steuerpflicht der Arbeiter und Privatangehörigen. Der § 23 des preussischen Einkommensteuergesetzes bedeutet bekanntlich insofern einen Ausnahmestand für Arbeiter, als er die Unternehmer verpflichtet, Angaben über den Lohn derjenigen Arbeiter und Angestellten zu machen, die weniger als 3000 M verdienen, also der Selbstschätzungs-pflicht nicht unterliegen. Die Regierung will diesen Ausnahmestand beibehalten. Eine Aenderung schlägt sie nur nach der Richtung vor, daß die Arbeitgeber in Zukunft verpflichtet sein sollen, auch die Namen der Personen mit einem Einkommen von mehr als 3000 M, nicht aber den Verdienst dieser Leute anzugeben. In der Steuerkommission des Abgeordnetenhauses beantragte das sozialdemokratische Mitglied die Streichung der die Arbeiter schädigenden Bestimmung. Ein gleicher Antrag lag vom Zentrum vor. Beide Anträge wurden nach heftiger Debatte, in der namentlich die Regierung sich für Beibehaltung erklärte, gegen die Stimmen des Zentrums, der Fortschrittler und der Sozialdemokraten abgelehnt. Gleichzeitig wurde mit großer Mehrheit beschlossen, daß die Angabepflicht der Arbeitgeber über die Einkommen ihrer Angestellten auch auf solche mit mehr als 3000 M Einkommen ausgedehnt werden soll.

Arbeiter und Angestellte werden also auch in Zukunft mit ihrem Einkommen bis zum letzten Pfennig herangezogen werden. Großagrarien und Großkapitalisten werden auch nach wie vor erhebliche Teile ihres Einkommens „wegrechnen“ können.

Die Fleischsteuerung. Die Fleischpreise sind im Kleinhandel in der zweiten Hälfte des März in eine energische Aufwärtsbewegung eingetreten, an der das bisher verhältnismäßig billige Schweinefleisch am meisten teilgenommen hat.

Im Durchschnitt der 50 Hauptmarktorte Preußens betrug der Preis des Schweinefleisches 151,3 S gegen 146,3 S in der ersten Monatshälfte. 41 Orte hatten eine Preiserhöhung, während nirgends eine Herabsetzung erfolgte. Den niedrigsten Preis hatte das Schweinefleisch in Graubenz mit 124 S, den höchsten Hanau mit 188 S. In Berlin ist der Preis von 139 auf 141 S gestiegen. Das Rindfleisch hat seinen Durchschnittspreis von 170,1 auf 171,2 S erhöht. Es ist an 21 Orten teurer und an 3 Orten billiger geworden. Auch hier hatte Graubenz mit 141 den niedrigsten Preis, während Magdeburg mit 188 oben stand. In Berlin betrug der Preis unverändert 178 S. Der Durchschnittspreis des Kalbfleisches berechnet sich auf 188,6 S gegen 186,9 S in der ersten Monatshälfte. Die Preisveränderungen waren an den einzelnen Orten sehr bedeutend, die 20 Erhöhungen gingen bis zu 19 S, die 7 Herabsetzungen bis zu 18 S, die Extreme bilden Graubenz mit 124 und Altona mit 230 S. In Berlin betrug der Preis unverändert 192 S. Das Hammelfleisch hat seinen Durchschnittspreis von 174,1 auf 176,4 S erhöht. Es ist an 22 Orten teurer und nirgends billiger geworden. Memel hatte mit 136 S den niedrigsten, Potsdam mit 204 S den höchsten Preis. In Berlin betrug der Preis, wie in der ersten Hälfte des Monats, 168 S. Roffleisch hat seinen Durchschnittspreis von 77,0 auf 77,1 S erhöht. Schinken ist beim Verkauf im ganzen von 246,0 auf 247,1 S, beim Verkauf im Auschnitt von 344,1 auf 346,3 S gestiegen, Speck von 168,7 auf 170,6 S. Vergleicht man die Preise des März dieses Jahres mit denen des März vorigen Jahres, so sind jetzt teurer Roffleisch um 0,1, Schweinefleisch um 0,4, Schinken beim Verkauf im Auschnitt um 3,2, beim Verkauf im ganzen um 4,6, Rindfleisch um 5,8, während billiger ist der Speck um 10,6 S.

Terroristische Agitation für die Jugendwehr. Unser Parteiblatt in Erfurt weiß zu berichten, daß in der dortigen königlichen Gewehrfabrik ein Werbebureau für die Jugendwehr errichtet worden ist. Vor einigen Wochen wurde den Arbeitern dieser Fabrik ein „Jugendwehr-Rekrutierungsplan“ vorgelegt, durch dessen Kenntnisnahme, die sie unterschriftlich bestätigen mußten, den Arbeitern die Pflicht auferlegt wurde, ihre schulentlassenen Söhne der Jugendwehr zuzuführen! Unbemittelten Vätern wurde die Befreiung von den Beiträgen und die unentgeltliche Lieferung der „Reidsamen“ Uniform in Aussicht gestellt.

Wer da weiß, wie die Arbeiter in staatlichen Musterbetrieben auf jeden Wunsch „von oben“ reagieren müssen, wenn sie ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen wollen, be-

greift, daß dieses Rekrutierungssystem auf eine gewalttätige Werbung hinausläuft.

Man sieht daraus, der bürgerliche Jugendpflanzhimmel zieht immer weitere Kreise. Jetzt werden schon die erwachsenen Arbeiter damit direkt belastigt. Nun, sie werden, gestützt auf ihre Organisationen, ihren Ausbeutern in Privatbetrieben deutlich zu verstehen geben, daß sie sich solche Belastigungen ein für allemal verbitten.

Städtische Arbeitslosenversicherung in Stuttgart? Seit Jahren schon drängen die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Stuttgarts auf die Einführung der gemeindlichen Arbeitslosenversicherung. Nunmehr ist vom Stadtschultheißenamt eine Denkschrift über gemeindliche Arbeitslosenversicherung ausgearbeitet worden, in der vom Referenten die Einführung des Center Systems, wie es auch in Straßburg zur Einführung gelangt ist, unter Einfluß der Spareinrichtung empfohlen wird. Ein Betrag von jährlich 10 000 M wird als zunächst ausreichend erachtet. Die Unterstützung soll in Form von Zuschüssen an Berufsvereine gewährt werden. Zu der Unterstützung der Gewerkschaft soll ein Zuschuß von 50 Prozent, jedoch höchstens 1 M pro Tag, gewährt werden. Die Arbeitslosigkeit muß aber „unverschuldet“ sein, der Empfänger muß mindestens ein Jahr in Stuttgart wohnen. Der Zuschuß endigt mit dem Aufhören der Unterstützung des Berufsvereins oder sobald dem Arbeitslosen solche Arbeit nachgewiesen wird, welche das Arbeitsamt nach dessen Vorbildung, Beruf und körperlichen Verhältnissen als angemessen ansieht. Auswärtige Arbeit muß von Lebigen immer, von Verheirateten nur dann angenommen werden, wenn das Wohnen bei der Familie dadurch nicht beeinträchtigt wird. Die keiner Gewerkschaft angehörigen Invalidenversicherungspflichtigen Arbeiter und Arbeiterinnen können ein Sparguthaben bei der städtischen Sparkasse bis höchstens 80 M anlegen und erhalten im Falle der Arbeitslosigkeit von den Abhebungen 50 Prozent Zuschuß, jedoch höchstens 1 M pro Tag.

Meinheitsurteil gegen einen Streikbrecher. In Finsterwalde kam es im vorigen Jahre zu einem größeren Streik in einer Möbelfabrik. Infolge dieses Streiks wurde eine Anzahl ausländischer Arbeiter zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie einen Streikbrecher namens Krüger belästigt und bedroht haben sollten. Die Arbeiter beruhigten sich bei dem Urteil nicht und legten Berufung ein. Die Strafkammer in Cottbus hatte sich mit der Sache zu beschäftigen und sprach die Verurteilten frei, weil sich herausgestellt hatte, daß der Belastungszeuge, der genannte Arbeitswillige Krüger, falsche Angaben vor dem Schöffengericht in Finsterwalde gemacht hatte. Es wurde ihm nachgewiesen, daß seine eiblich gemachten Aussagen, die Streikenden hätten ihn bedroht, vollkommen aus den Fingern geflogen waren. Ferner, daß er falsche Angaben unter seinem Eide vor der Strafkammer gemacht hatte. Das Schwurgericht in Cottbus verurteilte nun den genannten Krüger wegen falscher Angaben und wegen Mein-eides in zwei Fällen zu anderthalb Jahren Zuchthaus.

Fabriksparkassen. Wie es mit den Spargroschen der Arbeiter gehen kann, die der Fabrikleitung übergeben werden, lehrt der Konkurs der Papierfabrik in Rathsdam-nitz. Durch den Konkurs der Fabrik, die über 200 Arbeiter beschäftigte, sind nicht nur die Arbeiter, darunter Frauen und Kinder, brotlos geworden; sie verlieren auch noch ihre Spargroschen, die sie der Fabrik anvertraut hatten, „da sie ebenso sicher wie auf der Sparkasse seien“. 100 Arbeiter erleiden dadurch einen für sie zum Teil recht empfindlichen Verlust.

Die Niederlage der christlichen Gewerkschaften bei der Gewerbeberichts-wahl in Köln. Nach dem jetzt erschienenen amtlichen Ergebnis der Wahl erhielten die freien Gewerkschaften 17 987, die christlichen Gewerkschaften 7606 und die Hirsch-Dunderschen 815 Stimmen. Das bedeutet, daß gegen die Wahl von vor fünf Jahren die freien Gewerkschaften um 1758 Stimmen und die Hirsch-Dunderschen um 333 Stimmen zugenommen haben, die Christlichen aber um vier Stimmen zurückgegangen sind. Obgleich der Gewerbeberichtsbezirk Köln sich durch die Eingemeindung der Außenorte Ralf und Vingst erheblich vermehrt hatte, gelang es den Zentrums-gewerkschaften nicht, ihre alte Stimmenzahl wiederzubekommen. Das ist das Ergebnis ihrer fünfjährigen Arbeit in Köln, im Hauptstabe der christlichen Verbände, am Siege ihres Generalstabes. Es ist aber auch das Urteil der Arbeiterschaft über das schmachvolle Verhalten des Zentrumsverbandes beim Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet, dessen Erörterung in der Tat den Hauptstoff für die diesmalige Wahl-agitation lieferte.

Im Kölner „Total-Anzeiger“, dem Sprachrohr der Zentrumschriften, wurde festgestellt, daß „im christlichen Arbeiterlager sich die allgemeine Arbeits- und Wahlmüdigkeit besonders stark bemerkbar“ gemacht habe; „viele christliche Arbeiter, die bei den politischen Wahlen als Vertrauensmänner in der vordersten Reihe mitkämpften“, seien „absolut nicht zur Mitarbeit bei der Gewerbeberichts-wahlbewegung zu haben gewesen“.

Also selbst viele Zentrumsanhänger haben sich bei dem Volksgericht über die Streikbrechergewerkschaften gegen diese ausgesprochen.

Berichte.

Straßburg. Hier tagte eine Tabakarbeiter-versammlung der in der Kaiserlichen Tabakmanufaktur beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Landtagsabgeordnete Eugen Imbs sprach über das Thema: „Der elend-öhrliche Landtag und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kaiserlichen Tabakmanufaktur.“ Er führte aus, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion mit den Tabakarbeitern und -arbeiterinnen sympathisiere. Der frühere Landesausführer hatte sich um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter gar nicht bekümmert, weil die dort gesessenen Deputierten dem Volke keine Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzugeben hatten und auch keine Arbeitervertreter dorthin schickten. Die Vertreter des Besten hatten ja im Gegenteile ein Interesse daran, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den staatlichen Betrieben nicht verbessert würden. Dem erfolgen in den Staatsbetrieben Verbe-

Das Hausarbeitsgesetz.

IV.

Vorher wir in der Besprechung der einzelnen Paragraphen des Hausarbeitsgesetzes fortfahren, halten wir eine Berichtigung unserer Auffassung bezüglich der Anwendung der Bestimmungen, wie wir sie im ersten Teil dieser Arbeit vertraten, für notwendig. Wir vertraten bei der Erklärung zum § 1 Abs. 1, Ziffer 2 den Standpunkt, daß das Gesetz auch auf solche Heimarbeitsbetriebe Anwendung finde, wenn von den Hausarbeitern in ihren Arbeitsstuben wieder Lohnarbeiter beschäftigt werden. Das ist nicht richtig. Die Bestimmung des § 1, Abs. 1, Ziffer 2 des Gesetzes ist recht unklar, und wenn wir auch von vornherein Bedenken über die Auslegung hatten, so kamen wir doch nach reiflicher Ueberlegung zu unserer Auffassung. Wir haben uns durch das Wort Arbeitgeber irritieren lassen. Zu der inzwischen herausgekommenen Verordnung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe und des Ministers des Innern vom 16. März 1912, betr. Ausführung des Hausarbeitsgesetzes, veröffentlicht in Nr. 7 des Ministerialblattes der Handels- und Gewerbeverwaltung, ist eine zweifelsfreie Erklärung gegeben. Sie lautet: „Andererseits sind solche Personen, die für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Werkstätten der letzteren mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind (§ 119 b Gew.-Ordng.), dann keine Hausarbeiter im Sinne des Gesetzes und daher den für diese vorgesehenen Bestimmungen nicht unterworfen, wenn sie ihrerseits wieder in ihren Werkstätten oder Arbeitsstuben Lohnarbeiter beschäftigen.“ Selbstverständlich fallen auch dann die sogenannten Kommissions- und Provisionsmeister, sofern sie Lohnarbeiter beschäftigen, nicht unter das Gesetz.

Wenn es im § 1, Abs. 1, Ziffer 2 heißt, daß die Vorschriften des Hausarbeitsgesetzes Geltung haben für Werkstätten, in denen „eine oder mehrere Personen gewerbliche Arbeit verrichten, ohne von einem den Werkstattribetrieb leitenden Arbeitgeber beschäftigt zu sein“, so ist das gemeint für Werkstätten, wo zwar mehrere Personen als Hausarbeiter ihre gewerbliche Beschäftigung ausüben, aber jeder für seine eigene Verantwortung, so daß nur die gemeinschaftliche Benutzung des Arbeitsraumes für sie in Frage kommt. Das ist wohl in der Tabakindustrie kaum, oder doch sehr selten der Fall. Für die Tabakindustrie erscheint uns das Hausarbeitsgesetz, nachdem wir unsere Auffassung über die Anwendung in obigem Sinne einschränken müssen, von noch geringerer Bedeutung.

Sehen wir nunmehr die Besprechung der einzelnen Paragraphen fort, so ist zu bemerken, daß die Bestimmungen der §§ 13 bis 17 sich an die Gewerbetreibenden oder deren Vertreter, wie auch an die in manchen Berufen existierenden Zwischenmeister wenden, um durch die Anzeigepflicht den Behörden die Durchführung zu ermöglichen.

§ 13. Gewerbetreibende, die außerhalb ihrer Arbeitsstätte in Werkstätten gewerbliche Arbeit verrichten lassen, sind verpflichtet,

1. ein Verzeichnis derjenigen Personen, welchen sie Hausarbeit übertragen, oder durch welche außerhalb der Arbeitsstätte des Gewerbetreibenden die Uebertragung erfolgt, unter Angabe der Betriebsstätte dieser Personen zu führen; das Verzeichnis ist auf Erfordern der Ortspolizeibehörde sowie den Gewerbeaufsichtsbeamten jederzeit zur Einsicht vorzulegen oder einzureichen,

2. sofern die Beschaffung eines Ausweises darüber vorgeschrieben ist, daß die Räume, in denen die Arbeit verrichtet wird, den an sie gestellten Anforderungen genügen, Hausarbeit nur für solche Werkstätten auszugeben, für welche ihnen dieser Ausweis vorgelegt wird.

Die entsprechende Verpflichtung liegt solchen Personen ob, welche, ohne daß sie eine Arbeitsstätte besitzen, für Gewerbetreibende außerhalb deren Arbeitsstätte Arbeit an Hausarbeiter übertragen.

Demnach müssen nunmehr die Hausarbeit ausgebenden Unternehmer eine Liste nicht nur ihrer familiären Hausarbeiter, sondern auch ihrer etwaigen Zwischenmeister, führen. Auch jene Hausarbeiter, die in ihren Werkstätten fremde Lohnarbeiter beschäftigen, sind in die Liste aufzunehmen. Denn wenn auch nach § 1 das Gesetz auf die Werkstätten solcher Hausarbeiter keine Anwendung findet, so kommt doch Absatz 2 des § 1 in Frage, welcher lautet: „Die im Absatz 1 Nr. 1, 2 bezeichneten Personen, soweit sie nicht nach Satz 2 (Arbeiten für den persönlichen Bedarf des Bestellers) ausgenommen sind, gelten als Hausarbeiter im Sinne der folgenden Vorschriften.“

Die Polizeibehörden werden voraussichtlich Verfügungen erlassen, wann und wie oft die Listen einzureichen sind.

Sind für einen bestimmten Gewerbebezweig Vorschriften darüber erlassen, daß die zur Arbeit benutzten Räume bestimmten Anforderungen unterliegen, so dürfen die Gewerbetreibenden für solche Werkstätten, von denen

ihnen nicht der amtliche Ausweis vorgelegt wird, daß sie den Anforderungen genügen, keine Hausarbeit ausgeben.

Diesen Vorschriften nachzuweichen verpflichtet sind auch Vertreter von Gewerbetreibenden, wenn sie anderswo als an der Arbeitsstätte des Gewerbetreibenden (Filialen?) Hausarbeit ausgeben, ebenso Zwischenmeister.

§ 14. Durch Polizeiverordnung der zuständigen Polizeibehörde kann nach Anhören beteiligter Gewerbetreibender und Hausarbeiter bestimmt werden, wie die Verzeichnisse einzurichten und ob und in welchen Zwischenräumen sie in Ur- schrift oder in Abschrift den im § 13 Absatz 1 Nr. 1 bezeichneten Stellen einzureichen sind.

§ 15. Für Gewerbebezweige, die der Herstellung, Verarbeitung oder Verpackung von Nahrungs- oder Genußmitteln dienen, können durch Bestimmung auf Grund des § 10 Absatz 1, 3 Gewerbe- treibende, die außerhalb ihrer Arbeitsstätte in Werkstätten gewerbliche Arbeit verrichten lassen, sowie die im § 13 Absatz 2 bezeichneten Personen verpflichtet werden, sich in angemessenen Zwischenräumen, mindestens halbjährlich, persönlich oder durch Beauftragte davon zu unterrichten, daß Einrichtung und Betrieb der Werkstätten den Anforderungen entsprechen.

Demnach gibt § 15 den Hausarbeit ausgebenden Gewerbetreibenden, bzw. dessen Vertreter, wenn er außerhalb dessen Arbeitsstätte Hausarbeit ausgibt, oder dem Zwischenmeister, die Pflicht, seine Hausarbeitsbetriebe hinsichtlich der Durchführung der für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit erlassenen Vorschriften zu kontrollieren, und zwar halbjährlich mindestens einmal. Daß auch etwaige Uebelstände entdeckt werden oder mangelhafte Befolgung der Vorschriften angezeigt werden müssen, schreibt das Gesetz nicht vor. Die Verantwortung hat nach § 11 ja auch der Hausarbeiter.

§ 16. Sofern zur Durchführung der §§ 7, 15 Bestimmungen auf Grund des § 10 erlassen sind, können sie durch Polizeiverordnung der zuständigen Polizeibehörde auf solche Betriebe ausgedehnt werden, in welchen Personen beschäftigt sind, die als gewerbliche Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung gelten.

Also in solchen Fällen, wo der Bundesrat bestimmte Anforderungen an jene Werkstätten gestellt hat, in denen Nahrungs- oder Genußmittel hergestellt, verarbeitet oder verpackt werden, oder, wo die Verrichtung solcher Arbeiten in der Hausarbeit verboten ist, welche mit erheblichen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit verbunden sind, ferner in den Fällen, wo die Polizeibehörde verfügt, daß Räume, in denen Nahrungs- oder Genußmittel hergestellt oder verarbeitet werden, zu anderen Zwecken benutzt werden, kommen auch Hausarbeitsbetriebe mit fremden Hilfskräften in Betracht. Denn diese fremden Hilfsarbeiter sind es nur, die „als gewerbliche Arbeiter im Sinne der G.-O.“ gelten können.

§ 17. Soweit nicht Bundesrat oder Landesregierung die Aufsicht anderweit regelt, gilt § 139 b der Gewerbeordnung entsprechend.

Während der Nachtzeit darf eine Revision nur stattfinden, wenn Tatsachen den Verdacht begründen, daß gegen die auf Grund der §§ 6, 7, 10 erlassenen Bestimmungen verstoßen wird.

Neben den ordentlichen Polizeibehörden hat danach das Gewerbeaufsichtsamt, früher Fabrikinspektion genannt, die Aufsicht zu führen, und stehen diesem die Befugnisse der Ortspolizeibehörden zu.

Eine Jugenderinnerung und eine Lehre.

Die Reichstagswahlen mit ihren Kämpfen, ihren unzähligen und mühseligen Kleinigkeiten sind vorüber, und schöne Erfolge haben unsere opferreiche Tätigkeit gekrönt. Welcher Unterschied zwischen der letzten Wahl und der von 1907! Jetzt überall frohe Siegeszuversicht, frohe Hoffnung auf baldige Verwirklichung unserer hohen und hehren Ziele, unserer Ideale; damals derbittere Wut über die Dummgläubigkeit und Vergeßlichkeit eines noch gemaltigen Teiles der deutschen Arbeiterklasse. Vergessen hatte damals über den nationalen Pfaffen eines Bülow und Dernburg das deutsche Proletariat die kolossale Bedeutung und übermenschliche Belastung durch die herrschenden Parteien. Das deutsche Volk ließ sich 1907, Honig um den Mund schmierend und über der kurzen Sichtigkeit der Pfaffen dachte es nicht an den widerwärtigen Nachgeschmack, der kommen mußte.

Deutscher Arbeiter! Deutsche Arbeiterin! Wie seid ihr doch vergeßlich! Aber auch das organisierte Proletariat, die deutsche Sozialdemokratie, trug sie nicht auch einen erheblichen Teil der Schuld an der Niederlage von 1907? Hand aufs Herz! Ihr Proletariat und Arbeiterinnen! Die Erfolge von 1908 hatten manchen von unseren Besten eingeschläfert, der Stegesspruch hatte viele unserer Genossen und Genossinnen auch Regesischer gemacht und mancher schwere Verlust im Jahre 1907 wäre uns vielleicht erspart geblieben, wenn die Genossen in der Werbe- und Agitationsarbeit immer auf der Höhe geblieben wären. Und so konnten wir den Ausfall der Wahl von 1907 insofern begreifen, als er uns die gute Lehre brachte, daß man nie auf den Lorbeer ausruhen soll. Gerade die Siege müssen ausgenutzt werden, wenn wir immer schlaf- fertig bleiben wollen. Und deshalb Arbeiter und Arbeiterinnen! Daß eure Ungläubigkeit gegenüber der herrschenden Gesellschaft, vergeßt nicht, wie ihr bedrängt, geschunden und ausgeraubt wurdet von jener Seite! Vergeßt vor allem nicht, daß diese Gesellschaft nur auf einen Augenblick der Schwäche wartet, die durch eure Vergeßlichkeit und Leichtgläubigkeit gegenüber schönen Worten dieser Volks- vertreter eintreten könnte, um euch erneut wieder zu entrechten und euch noch einmal das Fell über die Ohren zu ziehen!

Wenn ich bei vergangenen Wahlen einen Arbeiterwähler von den Gegnern zur Arme schleppen sah, wenn ich beobachtete, wie er sich durch schöne gleichnerische Worte verleiten ließ, den gegnerischen Stimmzettel abzugeben, um dadurch zum Verräter an seinen Klassen- genossen zu werden, so tauchten vor meinem geistigen Auge Erle- bnisse aus meiner Kindheit auf. Unwillkürlich muß ich da an einen Vorgang denken, der mich in meinem späteren Leben vor mancher Gutmütigkeit und Leichtgläubigkeit warnte und bewahrte und mich selbständiger denken lehrte.

Ich war ungefähr 11 Jahre alt und mußte damals schon oft meiner Mutter helfend zur Seite stehen, denn die Not des Lebens trieb sie, wie viele andere Arbeiterfrauen, hinein in die kapitalistische Erntehölle der Erwerbsarbeit. Ich mußte die Wege für den Haus- halt besorgen. Ausgerüstet mit vielen Verhaltensmaßnahmen meiner Mutter, mich durch nichts abhalten und zum rechten Wege ab- bringen zu lassen und mit der Aufforderung, nicht zu lange aus- zubleiben, ging ich eines schönen Tages aus, um einen Auftrag meiner Mutter auszuführen. Frohgemut, wie Kinder sind, zog ich los. Trapp — trapp — ging es in Polypantinen (Schuhe gab es wegen Mangels an Ueberfluß nicht) die Treppe hinunter, und — schupp! — zur Haustüre hinaus, bis an die nächste Straßenecke. Dort waren alle die schönen Verhaltensmaßnahmen meiner Mutter und alle guten Vorsätze meinerseits verfliegen wie Spreu im Herbst- sturm.

Vor mir stand weinend ein Mädchen meines Alters vor einem großen eisernen Topf, wie ihn unsere Mütter zum Wäschelochen verwendeten, da früher in den meisten von armen Leuten bewohnten Häusern Wäschelocher nicht vorhanden waren. Bitterlich weinte sie und bat mich, ihr doch zu helfen, da ihr Großmütterchen den Topf notwendig brauche. Ich kannte dieses Mädchen; es war ein Kind, in den niedrigsten Sphären aufgewachsen, und die rohe Umgebung, in der sie erzogen, hatte sie zu einem niederrückigen, teuflischen Charakter herangebildet. Oft hatte sie andere Kinder halbe Tage lang eingesperrt, die sich verlocken ließen, mit ihr zu gehen. Sie war das Kind einer armen Witwe, die, um ihren und ihres Kindes Unterhalt zu verdienen, ebenfalls in den Krallen des Kapitalismus fronen mußte. Kurz, das Kind war ein Produkt seiner Verhältnisse. Auch ich war den Tüden des Mädchens schon oftmals zum Opfer gefallen. Und doch rührte mich ihr Witten, ich sagte am anderen Ende an und fort ging's mit vereinten Kräften, bis wir an Groß- mütterchens Haus angelangt waren. Der Weg war ungefähr 20 Minuten lang, ich hatte also mein Mütterchen bis hintergangen; und machte mir deshalb unterwegs die heftigsten Vorwürfe, soweit mich als Kind solchen eben zugänglich ist. Kurz vor dem Hause bat mich das Mädchen noch einmal anzuhören. In dem Augenblick, als ich den Topf niederlegen wollte, hielt sie ihn mit der einen Hand fest und mit der anderen haute sie mir als Belohnung ein paar derbe Ohrfeigen herunter. Ich hatte an keine Belohnung gedacht, auch der körperliche Schmerz der Ohrfeigen war nicht so groß, aber ich war empört und entrüstet darüber, daß ein Kind einer solchen Gemeinheit fähig war. Am meisten entrüstet und empört war ich aber gegen mich selbst, weil ich immer wieder hereingefallen war, wo mich doch die bisherigen Taten des Mädchens hätten warnen sollen.

Und nun, Arbeiter und Arbeiterinnen! Seid nicht auch ihr schon durch unzählige Taten der herrschenden Klassen gemarrt? Habt nicht auch ihr schon so oft, und in den letzten Jahren ganz besonders, die Folgen der Tätigkeit der herrschenden Klassen an eigenen Leibe gespürt? Ihr habt zwar nicht wie ich, die Ohrfeigen aus früherer Zeit bekommen; man hat euch mit Süßbrot und schönen Worten an die Arme gebunden, wie es 1907 der Fall war, aber nicht lange, und die Gesetzgebung und ihre kapitalistischen Hintermänner bestehen euch eine Ohrfeige nach der anderen, so daß auch euch Hören und Sehen verging. Wo ist die vielversprochene Liebe für den kleinen Mann, den Arbeiter, geliebter? Die bürgerlichen Parteien haben sie gezeigt beim Volkstag 1902, bei der Reichs- versicherungsordnung, bei der Tabak- und Zündholzsteuer, Arbeits- brüder und -Schwestern wurden durch diese Steuerordnungen auf das Straßensplaster gemorfen. Arbeitslosigkeit, Hunger, Elend und Krankheit waren die Folgen dieser Gesetzgebung, und ein großer Teil der Arbeiterklasse trug die Mitschuld daran. Datten sie doch selbst dem Kraut- und Schlotjunkeramt und ihren bürgerlichen Helfershelfern wieder zu der Macht verholfen, die diese dann rüd- sichtslos gegen die unteren Bevölkerungsschichten ausübten. Und wodurch geschah dies? Durch die unwürdevolle Vergeßlichkeit und Leichtgläubigkeit der unteren Klasse. Dies mögen sich vor allem die Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen jetzt einprägen. Wenn jemals durch die Taktik der bürgerlichen Parteien neue ungeheure Summen notwendig wurden, dann war es immer der Tabak, der zuerst heran- gezogen wurde, dann war es die Erleichterung des Zündholzes, die verschleiert und die fortwährend weiter bedroht wird. Wer er- innert sich nicht noch mit Schreden an die Folgen der Tabaksteuer von 1909. All die Wunden dürfen nicht vernarben! Alle Ver- zweiflung muß lebendig bleiben! Und nun gar die Arbeiterfrauen und -Mädchen! Haben nicht gerade sie am meisten unter diesen Zuständen zu leiden? Sie sind es, die hineingetrieben werden in das kapitalistische Joch; sie müssen als Dienstmädchen der herrschen- den Klassen oft die erbärmlichste, menschenunwürdige Behandlung über sich ergehen lassen. Tausende von ihnen werden aus Not und Verzweiflung der Prostitution in die Arme getrieben, wo sie ihren Körper an die Wüstlinge jener Gesellschaftsschichten verkaufen müssen. Es sind Kinder eurer Arbeitsbrüder und -Schwestern, es ist Blut von eurem Blut! Und dabei seid ihr noch politisch rechtlos. Rechtlos, müßt ihr diese Zustände über euch ergehen lassen. Aber Arbeitsschwester! Tragt nicht auch ihr einen Teil der Schuld? Seid nicht auch ihr vergeßlich und leichtgläubig gewesen? Seid ihr es nicht, die ihr teilweise noch eure Männer und Kinder von der Organisation, von der Mitarbeit zur Befreiung der Menschheit aus dem kapitalistischen Joch fernhalten wollt?

Dies muß anders werden, Arbeitsschwester! Schülter an Schülter, müssen wir unseren Männern, unseren Arbeitsbrüdern in diesem Befreiungskampfe helfen. Fort mit Vergeßlichkeit und Leichtgläubigkeit! Erstes Prüfen und Wägen der Vergangenheit und der gegenwärtigen hoffnungslosen Zustände sei eure Lösung! Ihr seid lange genug rechtlos gewesen. Helft jetzt euren Arbeitsbrüdern mit bei der Ausnutzung unseres schönen Sieges, tretet den Orga- nisationen der Arbeiter bei, agitiert für die Arbeiterpresse und haltet immer die Augen offen! Verschließt sie nicht gegenüber den heutigen wirtschaftlichen und politischen Zuständen! Nicht ausruhen auf den Lorbeeren unseres schönen Sieges, rastlose Aufklärungs- und Organisationsarbeit sei unser Erbe! Immer um Kampfe- gerüstet, werden wir weitere schöne Erfolge an unsere Fahnen heften. Vorwärts zur Massendemonstration für die politische und wirtschaftliche Befreiung der arbeitenden Frau! Vorwärts zur Agitation für den Frauenwahlrechtstag am 12. Mai!

Minna Schilling, Döbeln.

Gewerkschaftliches.

Die diesjährige Konferenz der Vertreter der Ver- bandsvorstände fand am 25. bis 27. März in Berlin statt. Sie verhandelte an erster Stelle über den von der Stu-

denkommission zur Errichtung einer gewerkschaftlich-
genossenschaftlichen Versicherungskasse „Volkssicherung“ aus-
gearbeiteten Gesellschaftsvertrag und die Versicherungs-
bedingungen, die die Zustimmung der Konferenz fanden.
Danach wurden die gewerkschaftlichen Mitglieder des Vor-
standes und des Aufsichtsrates gewählt. Für den Vor-
stand wurden die Genossen Baepow und Wenter, für den
Aufsichtsrat die Genossen Bauer, Leipart, Schilde und
Eber, als Ersatzmänner Eißler und R. Schmidt bestimmt.

Von den Vorstandskonferenzen durch den Dresdner
Gewerkschafts-Kongress überwiesenen Anträgen waren von
besonderer Bedeutung diejenigen der Bildhauer und Me-
tallarbeiter betreffend Streikunterstützung, von denen der
erster die Errichtung einer Widerstandskasse mit regel-
mäßigen Beiträgen unter Verwaltung der Generalkommission,
der letztere bei Streik und Aussperrungen die
Erhebung entsprechender Beiträge nach Mitgliederzahl
der Gewerkschaften verlangt. Nach längerer Beratung
entschied sich die Konferenz für die Erhebung von Bei-
trägen im Umlagewege und beauftragte die Generalkommission
mit der Ausarbeitung geeigneter Durchführungs-
vorschläge.

Hinsichtlich der Unterstützung der Tabakarbeiter, bei
welcher neben den allgemeinen Sammlungen sowohl frei-
willige Beiträge der Gewerkschaftskassen, als auch
sogar Umlagen erhoben worden waren, wurde eine
Regelung dahingehend beschossen, daß jeder Ver-
band einschließlich der geleisteten freiwilligen Bei-
träge aus der Hauptkasse pro Mitglied 20 S
abzuführen habe. Der über die Ausgaben hinaus ver-
bleibende Mehrertrag wurde den Tabakarbeitern über-
wiesen.

Bei der Frage der Berichterstattung über gewerk-
schaftliche Verbandstage durch das Pressebureau erklärte
sich die Konferenz zustimmend und beauftragte die Ge-
neralkommission, mit dem Beirat des Pressebureaus über
die Einführung dieser Berichterstattung weiter zu ver-
handeln. Der Versuch, eine Regelung der Diätenanrech-
nung der im Besitz von Reichstags- oder Landtagsman-
daten befindlichen besoldeten Gewerkschaftsangehörigen
zu schaffen, scheiterte an der Verschiedenartigkeit der Ver-
hältnisse und Auffassungen in dieser Frage.

Die weiteren Beratungsgegenstände waren interner
Natur.

Bewegungen im Beruf.

Mitglieder, die in einem anderen Orte in Arbeit zu
treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen
Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Zur Beachtung!

Vor Zugang nach Westfalen, Lippe-De-
mold, Waldeck, Bezirk Osnabrück wird
streng gewarnt, da noch nicht alle ausgesperrten Arbeiter
wieder eingestellt sind.

Lobenstein. Mit der Firma Alb. Redder-
meyer wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der einen
Minimallohn von 7,70 M pro Wille vorsieht. Bei Lie-
ferung von entrippter und aufgefester Decke, fertigen
Umblatt und fertiger Einlage. Die wöchentliche Arbeits-
zeit wurde auf 55 1/2 Stunden festgesetzt.

Stammheim (Württemberg). Bei Anerkennung des
Landesminimallohnes wurde mit der Firma Gottlob
Fauger ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die gemachten
Lohnzulagen betragen 50 S pro Wille.

Strasbourg. Die Glässische Tabakmanufaktur (Zi-
garettfabrik) erhöhte die Löhne der im Tagelohn be-
schäftigten Arbeiterinnen um 20 S pro Tag. Die Tage-
löhne betragen für die Arbeiterinnen nun 1,50 bis 2 M
pro Tag.

Münchhof a. S. Der Streik bei der Firma S.
Doppmann (Sitz Osterode a. S.) dauert fort. Vor
Zugang wird dringend gewarnt.

Schnaid. Bei der Firma G. Bodenheimer,
Sitz Stuttgart, ist nach abgelaufener Kündigungsfrist der
Streik ausgebrochen. Von Vertretern des Verbandes
während der Kündigungsfrist angebahnte Verhandlungen,
eine zünftige Einigung herbeizuführen, scheiterten an der
Eigennützigkeit der Firma, die die berechtigten Forderungen
ablehnte. Die Firma hat noch einen Betrieb in Wall-
dorf und werden die Arbeiter dieses Betriebes noch
Stellung nehmen. Die Betriebe in Stuttgart, Schnaid
und Walldorf sind gesperrt. Der Zugang ist streng fern-
zuhalten!

An die süddeutschen Tabakarbeiter.

Kollegen und Kolleginnen von Süddeutschland! Ein ernstes
Wort zur rechten Zeit gestattet sich ein alter Kollege, welcher einfluss
als unsere Organisation und Agitation noch in den Windeln lag,
dazu beitragen, daß der ideale schöne Gedanke, die Tabakarbeiter
in unsere Organisation zu verknüpfen, auch in den entlegensten
Orten Fuß fassen möchte.

Wenn es uns auch damals nicht gelungen, unsere Idee so
vordrängen zu bringen wie wir wollten, so erfüllt es uns heute doch
mit stolzer Freude, zu sehen, wie der Samen, den wir einst gesät,
von unseren nachkommenden Kollegen gepflegt, heute zu einer
schönen Blüte sich entfaltet hat. Trotzdem ist es uns noch nicht
gelungen, den ausbeutungsfähigsten Fabrikanten und deren Ver-
treter den Damm entgegenzusetzen, der erforderlich wäre, um
diesem Treiben Einhalt zu gebieten, und unsere traurige Lage
einigermaßen menschlich verbessern zu können.

Daß dies noch nicht möglich war, daran tragen diejenigen
Kollegen und Kolleginnen die Schuld, die trotz aller Mühe und
Arbeit, die von unserem Verbande schon in Tätigkeit gesetzt wurde,
leider mit kühler Gleichgültigkeit in den Tag hineinlebten und für
alles andere etwas übrig haben, nur nicht für den Deutschen Tabak-
arbeiter Verband, der einzig und allein nur seine Auf-
gabe darauf gerichtet hat, die traurige Lage der Tabakarbeiter zu
verbessern und der schrammlosen Ausbeutung Einhalt zu gebieten.

Eine traurige Tatsache möchte ich hier nicht unerwähnt lassen,
daß die sogenannten ehemaligen Angehörigen (von ich habe schon
einige Exemplare dieser Sorte kennen gelernt), welche aus sehr
großen Südtälern kommen, und bis zu ihrem Eintritt in ihre
Einkaufsjahrelang unserem Verbande angehört, an ihrem eigenen
Leide die intensive Ausbeutung erfahren, wie sie uns gegenüber ge-
trieben wird, zu solchen Kapitalistenherren herunterstiegen, daß es
mit Worten gar nicht mehr beschreiben werden kann.

Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, wagt ich euch zu wachen
auf! Es ist die höchste Zeit! Tretet alle ein in den Deutschen

Tabakarbeiter-Verband, denn der allein nur ist in der Lage, der
immer intensiver werdenden Ausbeutung in dem traurigen aller
Zeitraum erfolgreich entgegenzutreten; nur in der Einigkeit liegt
die hohe stillige Kraft, Grobes und Erhabenes auf allen Gebieten
zum Segen des arbeitenden Volkes zu vollbringen.

Ist dieses große Werk getan, dann heraus zum Kampfe gegen
unsere Unterdrücker! Wie ein Mann müssen wir uns endlich in
Eiddeutsches erheben; wenn es nicht anders geht, die Arbeit
niederzulegen und keine Hand mehr gerührt, bis menschenwürdige
Zustände geschaffen sind, denn eher im Kampfe zugrunde gehen,
als bei der Arbeit langsam verhungern!

Also nochmals: tretet in unsere Reihen! Nehmt auf den
Kampf für ein menschenwürdiges Dasein, denn nur dann ist es
möglich, daß auch einstens dem ausgebeuteten aller Arbeiter das
Morgenrot einer besseren Zeit entgegenwirkt!

Wannheim.

H. Ober.

Agitationsbezirk Giessen.

Bericht für März 1912. Im Berichtsmontat fanden im Bezirk
13 Versammlungen statt, an denen der Bezirksleiter teilnahm bzw.
dort referierte. Von diesen waren vier öffentliche und neun Mit-
gliederversammlungen. Die öffentlichen Versammlungen fanden
statt in Odenhausen (für Odenhausen und Salzhausen),
Kollar, Allendorf an der Lahn und Reiskirchen.
Außerdem wurde noch an 8 Tagen in fünf Orten (Gr.-Linden,
Staufenberg, Gleiberg, Wismar und Steinberg)
Hausagitation vorgenommen. Leider wurden auch im Monat März
aus verschiedenen Orten Austritte gemeldet, welche ein Eingreifen
des Bezirksleiters notwendig machte, um zu verhindern, diese Mit-
glieder wieder dem Verbands zurückzugewinnen, was darin auch in
acht Fällen mit Erfolg geschehen ist. Sehr bedauerlich ist es, daß
Mitglieder mit den sadistischsten Gründen manchmal ihren
Austritt erklären. Persönliche Reibungen und Differenzen, mit
denen der Verband gar nichts zu tun hat, müssen als Grund her-
halten, den Austritt zu rechtfertigen. Aber in Anbetracht der
erhaltenen Situation, in der wir uns befinden, da das isolierte Unter-
nehmertum mehr denn je bestrebt ist, die Arbeiterschaft niederzu-
zudrücken, wäre es an der Zeit, daß auch die Tabakarbeiter sich des
Gießener Bezirkes erkennen lernen, wie notwendig die Einigkeit für
sie alle ist. Persönliche Reibungen dürfen kein Grund sein, um dem
Verband den Rücken zu kehren. Stets muß die Person von der
Sache getrennt werden. — Neu aufgenommen wurden im Bericht-
monat zwölf Mitglieder. Im ersten Quartal wurden demnach
vierzig Neuaufnahmen gemacht. Mit der tatsächlich geleisteten
Agitationsarbeit ist dieser Erfolg allerdings nicht in Einklang zu
bringen. Dabei darf aber auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß
die Konjunktur in der Zigarettenindustrie im Bezirk noch äußerst
schlecht ist. Noch immer sind die schädlichen Folgen des unglück-
lichen Wertfalls auf Rohtabak bei uns noch nicht überstanden.
Dies wird auch im Bericht der Großherzoglichen Handelskammer
Giessen (1911) hervorgehoben. — Auch im Monat März gab es
eine große Zahl von Zigarettenfabriken in vielen Orten des Bezirkes,
die nur von 8 Uhr vormittags bis 4 oder 5 Uhr nachmittags ar-
beiten ließen. Dies bedeutet eine Verkürzung der Arbeitszeit bis
zu 16 Stunden pro Woche, was gleichbedeutend ist mit einem
enormen Lohnverlust. Ohne von 5, 6, 7 bis 8 M pro Woche sind
jetzt keine Sektoren. Daß unter diesen Umständen die Agitation
angewandt werden muß, ist wohl kaum begründlich. Immerhin wäre
eine tatkräftige Mitarbeit seitens aller Mitglieder sehr zu wün-
schen. Andererseits gibt es im Bezirk eine Menge organisierter
Arbeiter (wie Bauarbeiter, Metallarbeiter usw.), die es wohl für
sich als selbstverständlich betrachten, organisiert zu sein, ihre Frauen
und Töchter aber, die in unrunder Industrie beschäftigt sind, nicht
nur nicht dem Tabakarbeiter-Verband zuführen, sondern ein direktes
Hindernis für deren Organisation bilden. Die diesbezüglichen
Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse werden einfach nicht beachtet.
Hier ist also noch vieles zu tun, was nicht im Bezirk auch einen
bedeutenden Schritt weiter. Hauptsächlich werden alle organisierten
Arbeiter bald zu der Einsicht kommen, daß man nicht nur seiner
Berufsorganisation gegenüber Pflichten zu erfüllen hat, sondern
auch anderen Organisationen gegenüber. Nur durch gemeinsames
Handeln können wir zum Ziele gelangen. Vor allem behaupten wir
aber auch zu dem großen Wirtschaftskampfe der Frauen. — Zum
Schlusse gilt für uns die Lösung wie bisher: Sorgen wir für Um-
klärung auf allen Gebieten. Laßt uns in der Agitation nicht er-
lahmen. Die alte Parole: „Arbeiten“ zur Tat umgesetzt,
das alte Zauberwort „Agitation“ zur vollen Kraft entfaltet,
nicht gepudert und gestäubt, sondern unablässig, wo es auch nur
immer ist, die Werkstrome gerührt, wird und muß uns, trotz
der großen Schwierigkeiten, noch größere Erfolge bringen als
bisher. Heinrich Kiegel, Bezirksleiter.

Berichte.

Bernigerode. Mitgliederversammlung am 5. April. Kollege
Sommer teilte mit, daß er die Bauarbeiter zur Feier des
25-jährigen Bestehens ihres Verbandes eingeladen haben. Der
Einladung soll entsprochen werden. Die vom Kartell angeführten
Entscheidungen wurden abgelehnt. Die Abrechnungen der Verbands-
entw. und Lokalkasse wurden für richtig erklärt. Betreffend Statuten-
entwurf erklärt sich die Versammlung mit demselben bis auf die
Umgangsunterstützung einverstanden. Kollege Wittig beantragt,
statt „25 Kilometer“ „15 Kilometer“ zu setzen. Die Kasse soll
durch Arbeitsruhe begeben werden. Unser Vergnügen wird auf
den 20. April, die Stichtagswahl auf den 10. April festgelegt. Es
wurde dann das Arbeitsverhältnis in der Hamburger Fabrik be-
sprochen. Kollege Koch beantragt, sich mehr an unsere Fiskalen
zu wenden. Auch wünscht Kollege Koch, daß die Restanten bei der
nächsten Abrechnung verlesen werden. Ein Antrag des Kollegen
Wittig, die Namen der Versammlungsbesucher zu führen (P. R.)
wird angenommen. Kollege Husung wünscht Berichte über die
Versammlungen im Lokal-Arbeiter zu veröffentlichen.

Altmasser. Am 13. April fand eine Mitgliederversammlung
mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung; 2. Vortrag;
3. Stichtagswahl und 4. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom
Kassierer verlesen; ihm wurde Entlastung erteilt. Es folgte dann
ein Vortrag des Kollegen Mies über „Der organisierte Kampf
der Unternehmern gegen die Arbeiter“, an welchen eine kurze Debatte
anschloß. Bei der Stichtagswahl wurden alle Stimmen bis auf eine
für Kollegen Bausch abgegeben. Im Verschiedenen kam es zu
einer langen Debatte über Anträge zur Generalversammlung.
Kollege Köster hatte verschiedenes zu bemängeln; ihm wurde
allezeit zugestimmt. Es wurden drei Anträge gestellt, die dann
von der Versammlung unterstellt wurden.

Dresden. Die am 13. April stattgefundene und vom Kollegen
R. Rosen eröffnete Mitgliederversammlung der Zahlstelle
Dresden beschäftigte sich zunächst mit der Abrechnung des ersten
Quartals. Hiernach folgte die Verbandsklasse in Einnahme
und Ausgabe mit 12.500,35 M ab. Verkauf wurden 20.437 Ver-
bandsmarken zu 800,45 M und 7706 Extramarken zu 2443,25 M.
In der Ausgabe sind hervorzuheben die Arbeitslosenunterstützung
für 148 Mitglieder mit 2702,85 M und die Kranken- und Wöchner-
innenunterstützung für 158 Mitglieder mit 2737,75 M. An den
Vorstand wurden 3455,20 M abgeliefert. Die Lokalkasse bilan-
zierte in Einnahme und Ausgabe mit 2766,54 M. Der Bestand
der Einnahme erwiderte sich von 1002 M am Schlusse des 4. Quartals
1911 auf 48,19 M am Schlusse des 1. Quartals 1912, und ermög-
lichte sich dieses durch eine Wiedereinnahme von über 500 M und
eine Mehrausgabe von circa 650 M gegenüber dem 4. Quartal 1911.
Für die ausgesperrten Sozialarbeiter wurden 159,05 M
veranschlagt. Eine für den unglücklich verstorbenen Kollegen Viktor
Häsel veranschlagte freiwillige Sammlung ergab die Summe von
16,75 M, wovon die Hälfte 8,37 M für den bestimmten Zweck ver-
wendet wurden. Die Versammlung beschloß, die übrigen 8,37 M
dem Kassierer Decharge erteilt. Der zweite Punkt der Tages-
ordnung, Erklärung der Kollegen Koch, welcher im Auftrage
der Freunde und Bekannten der Gattin Hilig handelte. Die

Erklärung besagt folgendes: „Die in der letzten Mitgliederver-
sammlung getretene Schärfe der Debatte läßt darauf schließen,
daß die Absicht der Antragsteller, dem Antrag, die Aufnahme Uhligs
betreffend, die Form eines Wiederaufnahmeverfahrens zu geben,
falls beurteilt worden ist. Dies Mißverständnis zu beseitigen, soll
Aufgabe des folgenden sein. Die Antragsteller haben im Verbands-
interesse sowie im Interesse der Dresdener Zahlstelle und aller
beteiligten Personen die erwähnte Form des Wiederaufnahme-
verfahrens für diesen Antrag für zweckmäßiger gehalten, als einen
gewöhnlichen Aufnahmeantrag, aus folgenden Gründen: Bei einem
Wiederaufnahmeverfahren ist zweifellos die Möglichkeit gegeben, den
Fall in seinem vollen Umfange zu erörtern, vor allen Dingen aber
bietet dies auch die einzige Möglichkeit, den Aufnahmeantrag mit
prozessualen Formfehlern, die im Urteil der siebenemissions-
kommission vorhanden sind, zu begründen, was ohne irgendwelche Schärfe
und ohne dann den ganzen Fall in seinem vollen Umfange aufzurollen,
möglich wäre; es würde dann nur insofern notwendig sein, auf die
Vorgeschichte des Dresdener Konflikts und diesen selbst einzugehen,
als es die Begründung des Antrags insoweit juristischen Nachweises
vorhandener prozessualer Verstöße im erwähnten Urteil notwendig
gemacht. Da nun, wie schon erwähnt, die Antragsteller diesen Weg
für den gangbarsten und im allseitigen Interesse liegend halten,
haben sie für den Antrag, die Aufnahme Uhligs betreffend, die
Form des Wiederaufnahmeverfahrens gewählt. Die Antragsteller
würden bedauern, wenn sich der Aufnahme Uhligs auf diesem Weg
Schwierigkeiten in irgend welcher Weise entgegenstellen würden,
denn dann würde sich allerdings ein Aufrollen der ganzen
Angelegenheit und ein Verlesen des gesamten vorhandenen Materials
nicht umgehen lassen. Diese Erklärung ist im Einverständnis mit
dem Kollegen Uhlig und den Antragstellern abgegeben.“ Nach
Entgegennahme dieser Erklärung lag ein Antrag des Kollegen
Schlagmann vor, wonach sämtliche Verwaltungsaufgaben
unten in Kl. des Bezirkes bez. oder der Ortsbe-
amten der Hauptkasse zur Last zu legen sind. Er
begründete dies damit, daß die jetzige Verfassung der Hauptkasse zu den
Dresdener Verwaltungskosten ungenügend und insoweit die
Lokalstelle zu schwach sei, andere örtliche und ebenso notwendige
Veranstaltungen zu tun. Daß sie eine Ungerechtigkeit und er-
füllt die Mitglieder mit Unlust, umso mehr, da eine weitere Er-
höhung der Lokalbeiträge sich notwendig mache. Wenigstens auch
in der folgenden ausgiebigen Debatte über diesen Antrag derselbe
einige Befürworter fand, so wurde aber auch von einer ganzen
Reihe von Kollegen ausdrücklich und klar hervorgehoben, daß eine
solche erhebliche Belastung der Hauptkasse unter keinen Umständen
ohne Erhöhung der Beiträge vorgenommen werden
könne, oder die Mittel für die übrigen Einrichtungen des Ver-
bandes würden zu sehr geschwächt. Ein während der Debatte ein-
gebrachter Antrag des Kollegen H. Sudalla verlangte denn auch
als Mittelweg, die Generalversammlung solle alle
Beiträge obligatorisch um 5 S erhöhen und diese
Summe reiflos den Lokalkassen der einzelnen
Zahlstellen überlassen. Die nunmehr erfolgende Ab-
stimmung erbrachte die Ablehnung des Schlagmannschen Antrags,
dagegen wurde der Antrag Sudalla angenommen. Ferner
wurde noch ein Antrag ohne Debatte angenommen, nach welchem
der Hauptvorstand beauftragt werden soll, noch
in diesem Jahre eine Branchenkongress der Zi-
garettarbeiter Deutschlands einzuberufen,
am 25. Aufstellung eines Tarifvertrages u. r. s.
Einige andere Anträge, das Wahlreglement betreffend oder An-
stellung der Kassierer oder andere Verteilung des Vermögens des
Sortierverbandes bezüglich der Verteilung, wurden nach kurzer
Debatte abgelehnt oder zurückgezogen. Im Punkte Verschiedenes
gibt der Kollege Rosen im Namen der Verwaltung folgende
Erklärung ab: „Die in der Mitgliederversammlung am 13. März
vom Kollegen Koch aufgestellte Behauptung, der Kassierer
Wenzel habe eine Diktatur in unserer Zahlstelle aus und betrachte
die Verwaltungsmittel als Strohpuppen, weist die Ortsverwaltung
als den Tatsachen widersprechend ganz entschieden zurück. Die
Verwaltung ist vielmehr der Meinung, die Mitarbeiter Wenzel in
den Sitzungen der Ortsverwaltung ist noch niemals ein Schaden
für die Dresdener Mitgliederkassen gewesen; auch sind Differenzen
zwischen der Ortsverwaltung und dem Kassierer noch nicht vor-
gekommen. Die Verwaltung ist der Meinung, daß bereit auf-
gestellte Behauptungen geeignet sind, das Ansehen der Verwaltungs-
mitglieder herabzubringen, sowie auch vielen Mitgliedern den
Besuch der ferneren Versammlungen zu verleidet. Im Interesse
des Ansehens unserer Zahlstelle liegt es jedoch, daß in den Ver-
sammlungen das Interesse des Verbandes über alles andere geht
wird und erwartet die Ortsverwaltung, daß sie in diesem Verhalten
Unterstützung bei der gesamten Mitgliederkassen unserer Zahlstelle
findet.“ In der Beantwortung dieser Erklärung glaubt der Kollege
Koch dennoch seine Behauptungen aufrecht erhalten zu müssen,
kann dabei aber nicht umhin, selbst zuzugeben, daß er in seiner
Ausdrucksweise zu weit gegangen sei. Von verschiedenen Seiten
wird Koch ganz entschieden widersprochen. Dann wurden noch
einige Anträge erledigt.

Leipzig. Mitgliederversammlung am 13. April. Der Kassierer
gab den Rechenschaftsbericht für das erste Quartal 1912. Auf An-
trag der Kontrollkommission wird ihm Entlastung erteilt. Die Ent-
nahme zur Kasse wurde von mehreren Rednern besprochen.
Angenommen wurde der Antrag: In sämtlichen Betrieben soll
eine Abstimmung erfolgen. Sind 2/3 der Mitglieder für die Maß-
nahme, so ist ein Vorgehen bei den Fabrikanten zur Freigabe des
1. Mai geboten. Unter verschiedenen Verhandlungsangelegenheiten
wurde auch der Unterkassierer aufgetragen, mehr als bisher den
Kassierer auf dem Lausenden zu erhalten bezüglich des Ueber-
schreitens der statutarisch zulässigen Beitragsreste, damit in diesem
Beitragjahr die Restanten nach Möglichkeit zur Nachzahlung der
Beiträge bezogen werden können.

Oberhausen. Am 14. April fand hier eine Mitgliederver-
sammlung statt. Als Bevollmächtigte wurden die Kollegen H.
W. Schmidt und K. Lentmann, als Kontrollkommission Fehling
und K. Lentmann gewählt. Die Abrechnung wurde für richtig
befunden. Der 1. Bevollmächtigte führt u. a. an, daß die Zahlstelle,
die auf drei Mitglieder zusammengefaßt war, erfreulicher-
weise wieder im Wachstum begriffen sei. Es wird noch der Wunsch
ausgesprochen, daß alle Kollegen treu zusammenhalten, auch darf
kein Kollege in der Versammlung fehlen.

Wolke. Unsere Mitgliederversammlung am 14. April war
leider schlecht besucht. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erhaltete
Kollege Stahlmeyer den Kassierbericht für das verlossene Quartal.
Die Einnahme betrug einschließlich eines Zuschusses von der Haupt-
kasse von 13.100 M 18.291,06 M. Ausgegeben wurden 18.170,78
M; darunter für Streik 12.443,60 M, für Maßregelungen
3265,90 M. Der Mitgliederbestand ist 611. Die Lokalkasse hatte eine
Einnahme von 454,11 M, eine Ausgabe von 401,81 M, demnach
Bestand 52,30 M. Es wurde berichtet, daß während der Aus-
sperre eine Zuschußkasse gegründet worden sei, die über Gelder,
von Vereinen und der Öffentlichkeit gegeben, verfüge. Die
während der Aussperre und Maßregelung durch große Not heim-
gekehrten Kollegen haben aus dieser Kasse wöchentlich einen kleinen
Zuschuß erhalten. Ein in dieser Kasse enthaltenes Defizit von
63 M soll durch Sammlung eines einmaligen freiwilligen Beitrages
von 20 S durch die Kollegen gedeckt werden. Auf Antrag des
Kassierers Dresdenkamp wurde der Kassierer entlastet.
Darauf erhaltete Kollege Büding den Kassierbericht und forderte
zur regen Benutzung der neuerrichteten Rechtsanwaltskanzlei auf.
Unter Verschiedenes wurde auf Antrag des Kollegen Freye be-
schlossen, daß bei Sterbefällen künftig die Verwaltung im Blocher
Angelegenheit keinen Nachruf mehr veröffentlichen soll. Die Verwaltung
erklärt den Wunsch aus, daß ihr Sterbefälle sofort mitgeteilt werden.
Kollege Freye verbreitet sich dann über die Maßregelung der
Sortierkollegen Baletmann und Bogeler und verurteilte die
„Himmels-“ über die Handlungsweise der Firma Niemann &
Lentner. 19 bez. 27 Jahre hätten die beiden Kollegen zur Zu-
friedenheit der Firma gearbeitet, heute sei der Dank, daß sie so
lange durch ihre Arbeit das Geschäft führten, die Entlassung.
Bogeler sei mit dem Trost abgefunden worden, daß für ihn keine
Arbeit mehr da sei, er könne ja doch nicht mehr fort. Matriline
führte ein in einem Besuche grau gemordeter Kollege, nicht mehr
zu viel als ein junger Kollege. Selbstverständlich ist in

anem Geschäft, wie es A. & T. haben, auch die Verwendung eines Kollegen möglich, der seine besten Jahre und Leistungen der Firma gegeben hat. Bezeichnend ist es, daß die Firma die Arbeit der Schichtarbeiter von einem jungen Sortierer machen läßt. Oder kann der noch weniger leisten etwa als Bogeler, und wird weiter beschäftigt, obgleich Bogeler 27 Jahre der Firma seine Arbeitskraft zur Verfügung gestellt und sie manchen Tagen an Mehrwert aus derselben gezogen hat? (Die Firma Niemann & Untelnoht wollte wohl einmal den Arbeitern die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit praktisch vor Augen führen! D. R.) Die Versammlung wurde mit dem Appell geschlossen, dafür zu sorgen, daß unsere Reihen noch fester geschlossen werden.

Peterswaldbau. Am 15. April tagte hier eine mäßig besuchte Mitgliederversammlung. Die Abrechnung vom 1. Quartal wurde genehmigt und der Kassierer entlastet. In der darauf folgenden Sitzung der Kandidaten zur Generalversammlung erhielt Kurzbach-Striegau 8 und Wänich-Votterberg 2 Stimmen. Hierauf gab Kollege Künze den Jahresbericht von 1911. Demnach belief sich die Einnahme und Ausgabe eines Bestandes von 116,27 M auf 176,62 M. An den Vorstand wurden 930 M gesandt. Versammlungen fanden im Jahre acht statt, davon fünf ohne und drei mit Referenten. Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Jahres 50, am Schlusse desselben 47. Eine im Frühjahr eingeleitete Lohnbewegung endete am 27. März mit dem Ergebnis, daß für sechs Sorten eine Zulage von 35 S, eine Sorte 40 S, zwei Sorten 45 S, eine Sorte 60 S, zwei Sorten 65 S, sieben Sorten 70 S und eine Sorte 95 S bewilligt wurden. Für Aufheben von Deduktion und Abkuppen von Einlage wurden 2 und 2 1/2 S pro Pfund bewilligt. Der Geschäftsgang war auch im Jahre 1911 am hiesigen Orte in der Tabakindustrie ein schlechter. Bei der Firma Hils & Oberländer wird seit September wiederum verkürzt gearbeitet; vom 4. März dieses Jahres ab beträgt die Arbeitszeit nur noch sieben Stunden täglich, trotzdem waren im Jahre einige Neueinstellungen von Wickelmachern zu verzeichnen, was natürlich bei den Arbeitern den Anschein erweckte, daß ihnen ihre wirtschaftliche Lage noch mehr verschlechtert werde, und sie noch mehr drillen und schikanieren zu können. Die Materialfrage war öfter der Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen und hat eine nicht unerhebliche Erhöhung hervorgerufen. Der Fabrikant sucht eben auf Kosten der Arbeiter den Verlust durch Minderabgab weit zu machen, indem schlecht zu verarbeitendes Material geliefert wird. Etwasige Entlassungen, welche ein unmittelbare Folge der Materialfrage sind, werden deshalb von der Peterswaldbauer Mitgliedschaft als Maßregelung betrachtet. Bei der Firma Scharnke & Co., St. Striegau, die hier eine Filiale besitzt, sind die Verhältnisse nicht besser. Daß unter solchen Umständen die Lage der hiesigen Tabakarbeiter eine trostlose ist, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Es wird, wenn nicht in nächster Zeit eine Wendung zum Besseren eintritt, eine Abwanderung der Arbeiter die Folge sein. Ferner werden in einer besonderen Veröffentlichung einmal die Arbeitsverhältnisse der am hiesigen Orte befindlichen Fabriken einer eingehenden Kritik unterzogen werden, damit einmal die Öffentlichkeit von der wohlwollenden Arbeiterfreundlichkeit der Fabrikanten, und zum Teil

auch deren Angestellten, etwas erzählt. Daß an diesen Erörterungen ganz besonders hinsichtlich des Geschäftsganges die Tabaksteuer zum großen Teile Schuld ist, wollen wir nicht bestreiten; das darf aber die Peterswaldbauer Kollegen nicht hindern, erhebliche Verschlechterungen ihrer wirtschaftlichen Lage zu befechtigen. Um aber das mit Erfolg durchzuführen zu können, ist es nötig, daß wir uns mehr wie bisher an dem Ausbau und der Entwicklung unserer Organisation beteiligen. Unter den gegebenen Verhältnissen erlangen wir die Kollegen allerorts, bei etwaiger Arbeitsaufnahme nach Peterswaldbau recht vorsichtig zu sein und sich erst zu erkundigen.

Fünfterwabe. In der am 18. April tagenden Mitgliederversammlung hielt der Gauleiter Kollege Kiesel einen Vortrag über die Bedeutung der Tarifbewegung. Er ging zunächst auf die Entwicklung der Tarife ein und hob hervor, daß man anfänglich der Tarifbewegung seitens der Gewerkschaften vom Klassenstandpunkt aus nicht die Bedeutung beimah, die sie erfordert hätte. Doch zeigte sich schon zu damaliger Zeit, daß auch das Unternehmertum den Ernst der Sache erfaßt hat und die Bedeutung der Tarife für die Arbeiterklasse nicht unterschätzte. Er hob ferner hervor, welche Bedeutung die Tarife in anderen Gewerkschaften erlangt hätten und welche Verbesserungen sie für die Beteiligten brachten. Um Tarife abzuschließen zu können, ist eine gut geführte und disziplinierte Arbeiterklasse nötig, damit auch eine erfolgreiche Wirkung erzielt werde. Nebenher erläuterte auch, welche Verbesserungen durch Tarife auch für unser Gewerbe geschaffen werden können, denn sie bieten uns im Kampf ein Mittel, Verträge auf beiderseitiger Basis abzu schließen. Es wurden zuerst Lokaltarife, dann Bezirks- und schließlich die sich schließlich doch zu Reichstärken entwickeln werden. Leider wurde in der Tabakindustrie die Tarifbewegung durch die Tabaksteuer sehr unterbunden. Wenn wir in der Tarifbewegung vorwärts kommen wollen, müssen wir die Konsumenten immer wieder darauf hinweisen, daß der Beschluß vom Dresdener Gewerkschaftskongress mehr Beachtung findet, auch in den Gewerkschaftsartikeln muß darauf hingewirkt werden, daß den Tabakarbeitern jegliche Unterstützung zuteil wird. Damit die abgeschlossenen Tarife ihre volle Bedeutung erhalten, müssen die Arbeiter ein wachames Auge haben, daß die tariflichen Bestimmungen auch inne gehalten werden und nicht etwa versucht wird, sie zu umgehen. Befinden wir uns mit der Tarifbewegung auch erst im Anfangsstadium, so haben wir trotz der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse Erfolge zu verzeichnen, die uns nicht entmutigen können, sondern zu immer neuen und größeren Erfolgen anspornen. Arbeiten doch im Gau circa 760 Kollegen und Kolleginnen zu tariflichen Bedingungen, davon entfallen etwa 100 allein auf Fünfterwabe. Die Abrechnung, vorgetragen vom Kassierer, gab zu Erinnerungen keinen Anlaß. Im Verlaufe derselben nahm die Versammlung den Kartellbericht entgegen, aus welchem das wesentliche über die Malteser zu entnehmen ist. Es wurde empfohlen, recht regen Anteil an der Demonstration zur Malteser zu nehmen. Je zahlreicher die Beteiligung, desto machtvoller kommt die Demonstration zum Ausdruck. Die Tabakarbeiter haben alle Ursache, nicht fern zu bleiben, damit die Demonstration nicht einbruchslos am Unternehmertum vorbeizieht.

Raunhof. Am Sonnabend, den 20. April, fand hier eine Tabakarbeiterversammlung statt. Kollege Gauleiter Wenzel gab bei Eröffnung derselben seiner Freude darüber Ausdruck, daß diesmal eine größere Anzahl von Kollegen und Kolleginnen der Einladung Folge geleistet habe. Er dürfe dies wohl als Beweis aufzufassen, daß auch die hiesige Kollegenchaft aus den Vorgängen der letzten Jahre gelernt habe und einsehe, daß es auch hier notwendig ist, gemeinsam die Berufsfragen zu erörtern und die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Nachdem die Versammlung die Kollegen Stadtermann und Henschel zur Leitung der Versammlung bestimmt hatte, hielt Kollege Wenzel einen längeren Vortrag über die gegenwärtige Situation im Beruf und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Er wies besonders darauf hin, daß seit der Reichsfinanzreform im Jahre 1909 nicht nur eine ganz rapide Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel zu verzeichnen sei, sondern daß die Lage der Tabakarbeiter noch vornehmlich ungünstig beeinflusst worden ist durch die größeren Anforderungen, welche von Seiten der Fabrikanten an die Arbeitskraft jedes einzelnen Tabakarbeiters gestellt werden. Die Klagen über schlechtes Material mehren sich fortgesetzt. Obgleich gerade im Leipziger Bezirke schon immer außerordentlich niedrige Löhne zu verzeichnen gewesen sind, haben wir erleben können, daß die Fabrikanten durch Einführung neuer Fassons und Sorten noch weiter die Löhne herabzudrücken versuchten. Diesfalls ist ihnen dies auch gelungen, da die weit verstreut wohnenden Feldarbeiter leider noch immer nicht begreifen wollen, daß sie sich organisieren müssen, um Verschlechterungen abzuwehren und Lohnausbesserungen durchsetzen zu können. Aber auch die hiesige Fabrik von Petrich & Kopisch gab durchwegs keine Löhne, die als genügend oder gar gut bezeichnet werden könnten. Nachdem Nebenher noch das Hausarbeitergesetz gestreift und die Aufgaben und die erfolgreiche Tätigkeit des Tabakarbeiterverbandes eingehend erörtert hatte, forderte er die Anwesenden nachdrücklich zum Anschluß an die Organisation auf. Die Ausführungen des Nebenher wurden in der Diskussion von einigen Kollegen unterstützt und ein älterer Kollege, der auch als Feldarbeiter nach Leipzig arbeitet, schilderte die ungünstigen Verhältnisse, mit denen sie rechnen müßten und erklärte, daß auch er zur Ansicht komme, daß der Eintritt in den Verband für alle Kollegen und Kolleginnen sehr notwendig sei. In kurzen Ausführungen erläuterte Kollege Wenzel dann noch das Statut. Von den Anwesenden erklärten darauf sofort 28 ihren Eintritt in den Verband. Der vorgeschickten Zeit wegen wurde die Gründung der Zählstelle und die Wahl der Verwaltung vertagt und nur Kollege Kost probiert mit der Kassierung der Beiträge beauftragt. Die erste Mitgliederversammlung wird am Montag, den 6. Mai, stattfinden und eruchen wir alle Mitglieder, vollständig zu erscheinen. Aber auch die übrigen Kollegen und Kolleginnen in Raunhof möchten wir auffordern, sich der Organisation anzuschließen, denn: Vereint ist uns nichts, vereint ist alles!

Mitglieder, agitiert für den Verband!

Größtes Wickelformenlager Deutschlands

JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER

L. COHN & CO.

BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24.

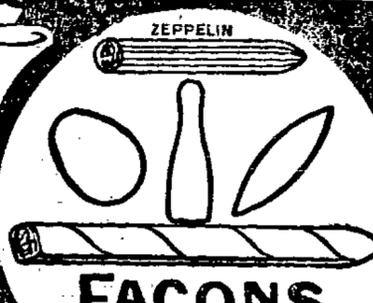
Verlangen Sie sofort kostenlos

Unsere Haupt Preislisten, Modellbogen, Zigarrenband, Linarepping, Papier-Trageartikel-Muster etc.

Heute erscheint

Liste 198

mit unzähligen Abbildungen



FAÇONS
enthaltend.

Fernruf 4740 Postscheckkonto, Amt Leipzig 700.

Die Rohtabakhandlung

Pabst & Rinneberg

Leipzig, Thomasring 1

empfiehlt sämtliche Sorten

Rohtabake

zur Zigarrenfabrikation.

Abteilung: Klein-Verkauf.

Nur verzollt einschliesslich Wertzoll. — Versand unter Nachnahme bei 3 % Abzug. — Preisliste frei! [16]

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3948

empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker , nur Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 M	Mexiko-Decker (An drei) 300, 350, 400 M
Sumatra-Umblatt , Vollblatt, 155, 180 M	Havana 200, 250, 300, 400 M
Java-Decker dunkel 220 M, hell 260, 280, 300, 320 M	Decker 700 M
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 M	Yara-Cuba 200, 220 M, feine Qualität
Java-Einlage 95 M, mit Umbl. 110, 120, 130 M	Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 M
Vorsteil-Decker 280, 275, 300, 320 M	Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 M
Brasil-Decker 175, 200, 210 M	Domingo-Umblatt 110, 120, 180 M
Brasil-Einlage u. Umbl. , leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 M	Domingo-Einlage und Umbl. 100 M

Wickelformen (neu und gebraucht in allen Fassons von 50 bis 150 M) (Schiffchen-Abdrücke versende gratis und franco.

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7,50 M. Gummi-Tragant, allerfeinste Ware, größte Kleberkraft, pro Pfd. 260 M. Zigarrenband pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 M. Bastbündelband, grau und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 60 M.

Preise per Pfund verzollt einschliesslich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme

Neu! Als ganz besonders preiswert offeriere:

Fertige Tabakeinlage à Mk. 0.95

Fertiges Tabakumblatt à Mk. 1.50

Jeder Versuch führt zu Nachbestellungen. Was verlange neueste Preisliste

Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Bestes Rohtabak-Verbandgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Bettmässen

Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben! Auskunft umsonst: Institut Sanitas, Velburg 68, Bayern.

Asthma-Pulver

verfügt über ein außerordentlich wirksames Mittel, welches die Wirkung der Asthma-Mittel und die vielfach angewendeten teuren ausländischen Spezialitäten. Preis p. Schachtel M. 2.50 Franco bei vorheriger Einsendung od. gegen Nachnahme Falkenapothek in Düren 7/16

Jacob Hirsch jr., Mannheim B 1, 9.

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

Weg. Fabk.-Aufgabe (teilw.) u. Preis ff. Faser-Rippe 35, Grus rein 30, 60, 90, 100 (40 Pfd. Koll), entr. trock. ff. Einlage statt 150 f. 135, Rohtabak div. Formen, Pressen, Zugband.

Jul. Hecht, Breslau 6.

Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183

Roh-Tabak Bedarfsartikel

<p>Sumatra-Decke, sehr große Auswahl mittel- und hellfarb. Vollblatt, 2. und 3. Rängen à 250, 300, 325, 350, 375, 400 M, Sandblatt 5. Ränge à 325 und 350 M, mittel- u. hellfarb. Lohblatt, 1. und 2. Rängen, à 275, 300, 400 M, Umblatt à 180 M</p> <p>Vorsteil-Decke, 1. und 2. Rängen, dunkel, besser Mexiko-Erfolg, à 200 M, helle Schildecke à 300, 325, 350, 400 M</p> <p>Java-Einlagen à 110, 115, 120, 125 M</p> <p>Java-Aufarbeiter à 180, 185, 140, 145 M</p> <p>Java-Umblatt à 160, 160, 170, 180, 190, 200 M, grosses Vollblatt, 2. Ränge, 185 M</p> <p>Mexiko-Decke, hochfein, à 500 M u. 550 M</p> <p>Brasil à 150, 165, 185, 190; Decke à 250 M</p> <p>Havana à 350 M, Cuba à 200, 250 M</p> <p>Domingo à 120, 135, Umblatt à 150, 170 M</p> <p>Carmen à 120 M, Umblatt à 130, 185, 145, 155 M</p> <p>Uckermark Ia. 100 M</p> <p>Losgit beste überfeineste Ware à 105 M, m. Deduktion-Ramponegen à 125 M</p> <p>Sämtliche Tabake sind in Bezug auf tabaklosen weichen u. flotten Brand sorgfältig durchprobiert.</p> <p>Tabakpreise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme mit 3 % Abzug.</p> <p>Verlangen Sie Preisverzeichnis mit Beschreibung der Tabake.</p>	<p>Wickelformen, gebrauchte, gut erhaltene, ca. 1500 Stück verschiedene Fassons am Lager. Schiffchen-Abdrücke gratis und franco</p> <p>Pressen zu 12 Formen, oben u. unten verstellbar, schraubt, Holzfuß u. Holzdruckplatte in sehr starker Ausführung. Achtzig Träger sonst 11 M, nur 10 M</p> <p>Presskasten zu 1000 Zigarren nur 550 M, zu 100 Stück 100 M, zu 200 Stück 200 M</p> <p>Rollbrätter 175, 200, Strohholz 300, 45 M</p> <p>Bündelbände, verstellbar, nur 125 u. 225 M</p> <p>Arbeitsmesser v. J. H. Denteils 20, 30, 35 M</p> <p>Lack, 8 Stangen 25 und 30 M</p> <p>Papier, blau, ca. 40 Bogen 20 M, rot 25 M</p> <p>Band, 60 Meter von 60 M an gebraucht, sortiert, Seide, 5 u. 6 M p. Pfd.</p> <p>Ringe ff. nur 20, 25 M, mit Porzell. 45 M</p> <p>Etiketten von 85 M, per 100 Stück an Gummi-Tragant à 175, 200 u. 250 M p. Pfd.</p> <p>Gebrauchte Arbeitsstücke, Pressen, Rahmen, Stabe ff. am Lager.</p>
---	--

W. HERMANN MÜLLER

Berlin, Magazinstrasse 14.

Das so außerordentlich beliebte

SUMATRA-DECKBLATT

zweite Ränge Vollblatt zu Markt 2.15 verzollt, ist wieder am Lager. Gute Farben, tabakloser Brand.

Rohtabak-Versandhaus

Friedr. L. M. H. Meyer.

Hamburg, Elbstraße 49.

Carl Roland

Berlin SW., Kottbuserstraße 4

Sumatra-Vollblatt, tabakloser Brand, pr. Pfund nur M. 2.50.

Java-Aufarbeiter, pr. Pfund nur M. 1.90, 1.85 und 1.40.

Drucksachen

alter Art liefert billigst

Bremer Buchdruckerei u. Verlagsanstalt J. D. Schmalfeldt & Co.

ROBERT OEHLER

**ROHTABAK-
HANDLUNG**



**BERLIN SO.26
Nr 2 COTTBUSER Nr 2
STRASSE Nr 2**

== Fordern Sie ==

bitte, falls Sie dieselbe noch nicht erhalten haben sollten

meine neueste Preisliste

und beachten Sie in derselben namentlich mein beispiellos vorteilhaftes Angebot

in Sumatra- und Java-Decken

ferner

in Java-Einlagen und -Aufarbeitern

Ausserdem grösstes und wohlfeilstes Angebot in allen anderen Arten von Rohtabak, in Wickelformen alt und neu etc.

Die Anfeindungen, die ich seitens einer gewissen Konkurrenz dauern-
erdulden muss, sind der beste Beweis für meine Leistungsfähigkeit

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.
Verzolltes Lager aller Sorten Tabake und Kontor Bünde-Bahnhof.
Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319.
Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.
Abgabe jedes Quantum zu billigsten Engrospreisen.
Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Zillikredit.
Spezialität in Sumatra- und Vorderindien-Decktabaken. Nur tadelloser weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den besten Qualitäten.
Grosses Lager in:
Java, Domingo, Carman, Brasil, Mexiko, Havanna usw.
Verlangen Sie Preisliste und Muster.
Probe-Postkolli aller Sorten auf Wunsch.
Guterhaltene Proben ausverkaufter Tabake Durchschnittspreis
für Deckblatt-Tabake: I. Sortierung ... per Pfund 3.00 Mk. verzollt
II. Sortierung ... per Pfund 2.50 Mk. verzollt
III. Sortierung ... per Pfund 2.00 Mk. verzollt
von Umbl.- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt
II. Sortierung per Pfund 1.20 Mk. verzollt
Geschliffene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt 1.50 Mk. verzollt
Probe-Postkolli von 9 Pfund mit Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach Nachnahme. Jeder Versand führt zu geregelter Verbindung. (19)

L. Cohn & Co., Berlin N.

Telegr.-Adresse Brunnenstr. 24 Fernsprecher
Formencohn Berlin Amt III, 613

Vollständige Einrichtungen für Zigarren-Fabriken

neu und gebraucht
unter denkbar günstigen Bedingungen.

Grösstes Fabrik- u. Handels-Geschäft der Rohtabak- u. Utensilien-Branche Gegründet 1870.

Grösstes Rohtabak-Lager
Amerikanische sowie deutsche Tabake.
Man fordere unsere Preislisten. — Man verlange unsere
neuesten Modellbogen. — Zusendung kostenlos sofort.

Rohtabakhandlung H. Edling, Bremen

empfiehlt folgende gute Tabake
zu billigen Preisen

Sumatra-Decker à 180, 180, 180, 200,
220, 240, 250, 260, 270, 280, 300,
310, 320, 350, 360, 380, 410, 480, 500 Mk.
Java-Sortierend-Decker à 220, 240,
260, 280, 300, 320, 350 Mk.
Brasil-Decker à 180, 200, 220, 240 Mk.
Brasil-Einlage u. Umblatt à 120, 125,
130, 140, 150, 160, 170 Mk.
Sumatra-Umblatt, Wolfblatt à 150, 160,
170, 180 Mk. Stückblatt 180, 140, 150 Mk.
Java-Umblatt à 140, 150, 160, 170 Mk.
Java-Einlage u. Umblatt à 110, 120,
125, 130 Mk.
Domingo à 100, 110, 120, 130 Mk.
Carman à 100, 110, 120, 130 Mk.
Cedreal (meist Umbl.) à 110, 115, 120 Mk.
Cubana-Einlage à 180, 200, 250, 300,
400 Mk., Decker 350 Mk.
Havana-Einlage à 150, 180, 200, 250 Mk.
Mexiko-Decker à 250, 320 Mk.
Kagant à 95, 100 Mk.
Jamaica Original-Tabake à 110, 120 Mk.
Java (geschliffen) à 110 Mk.
Preise verzollt inkl. Wertzoll per 1/2 Rfl.
Soll nach Vereinbarung. (18)

lungen, so muß auch notgedrungen die Privatindustrie die Löhne erhöhen. Die Sozialdemokratie stehe auf dem Standpunkt, daß Staatsbetriebe Mutterbetriebe sein sollen. Bei der kaiserlichen Tabakmanufaktur treffe dies nicht zu, sondern hier stehen die Löhne zum Teil hinter der Privatindustrie zurück. Der wöchentliche Verdienst der Arbeiterinnen mit durchschnittlich 10 und 12 M. und der Verdienst der männlichen Arbeiter mit 3 bis 3,40 M. pro Tag reiche bei weitem nicht aus, um bei den teuren Lebensmittelpreisen eine Familie ernähren zu können. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollten nicht nur eine Faust in der Tasche machen, oder sich nun ganz auf den Landtag verlassen, sondern selbst mit Hand an Werk legen und sich der Organisation anschließen. Die Gemeinbedarft haben heute schon bessere Arbeitsverhältnisse wie die Tabakarbeiter der kaiserlichen Manufaktur. Im Landtag sei ja nun eine Kommission gewählt worden, die auch ganz wesentlich mit dazu beitragen wird, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessert werden können. Die Frauen und Mädchen, deren Mann oder Vater organisiert ist und die schon die Vorteile der Organisation genießen, sollten bedenken, daß auch sie dasselbe erreichen können, wenn sie der Organisation beitreten. Der Gauleiter Heising erörterte nach den mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Abgeordneten Jumbis die Sache noch vom sachmännlichen Standpunkt aus. Bei den verhältnismäßig geringen Löhnen, den günstigen Einkaufsbedingungen der kaiserlichen Tabakmanufaktur und dem verhältnismäßig hohen Verkaufspreis muß es eigentlich noch Wunder nehmen, daß der Reingewinn nicht noch höher sei als 185 000 M. Ferner besprach er die Tabaksteuererhebung und ihre Wirkung auf die Arbeiter. Durch die Einlegung von Feiertagen aus höflichen und sonstigen Anlässen werden die Arbeiter und Arbeiterinnen schwer geschädigt, denn die Zeit wird ihnen nicht vergütet. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden ihr Los nur einigermassen erträglich gestalten können, wenn sie durch den Anschluß an die Organisation gemeinschaftlich mit der sozialdemokratischen Fraktion das Werk ihrer Befreiung selbst in die Hand nehmen. Der Vorsitzende Gau d. beauftragte die angehenden Lohnverhandlungen, mit denen der Regierungsbekannter zu prunkten beliebt. Den Widelmachern wurden Abzüge gemacht, womit den Kollern eine kleine Zulage für die schwereren Fassons gewährt wurde. Die Lohnabzüge für zu viel verbrauchtes Deckblatt, welche bis 3,00 M. in einer Lohnzahlungsperiode gemacht wurden, sollten jedem Gerechtigkeitsempfinden, zumal nicht die Arbeiterinnen die Schuld an dem Mehrverbrauch von Deckblatt trifft, sondern die Schuld an der zu verarbeitenden Ware liegt. Denjenigen Arbeitern und Arbeiterinnen, die weniger Deckblatt brauchen, werden dann auf Kosten der anderen Arbeiterinnen Prämien gezahlt. Gegen dieses System müssen sie sich ganz energisch wehren. Eine wirkliche Aufbesserung ihrer Löhne und eine bessere Behandlung werden sie aber nur durch die Organisation erreichen können. Denn wollte die einzelne mehr Lohn fordern oder sich die ungerechten Abzüge nicht gefallen lassen, so müßte sie sich den Verdriss von darzulegen ansehen: sie würde aus Stragenpflaster gefegt wie dies ja in letzter Zeit u. a. der Frau R. Ergangen ist. Nachdem sich eine große Anzahl der Verarmten der Organisation angeschlossen hatte, erzielte die gut besuchte Versammlung ihr Ende. Die Arbeiter und Arbeiterinnen mögen aber weiter mithelfen, den Tabakarbeiterverband zu stärken, der hier am Ort bereits 300 Mitglieder zählt. Zweites Aufnahme oder Auskunfts wende man sich an das Bureau, Alter Fischmarkt 48 II.

Magdeburg. Die am 18. April tagende Mitgliederversammlung beschloß sich mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Stellungnahme zur Tarifbewegung; 3. Gewerkschaftsangelegenheit; 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung: Die Einnahme betrug 1588,72 M., die Ausgabe 1133,10 M., bleibt ein Kassenbestand von 455,62 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zum zweiten Punkt wies der Kollege Lüdige an der Hand des von der Lohnkommission ausgearbeiteten Tarifs nach, wie nützlich es sei, wenn die Tabakarbeiter ein festes Tarifverhältnis mit den Fabrikanten hätten. Sodann wurde der Tarif beraten und mit einer kleinen Verringerung angenommen. Kollege Lüdige sprach zum dritten Punkt über die Verschmelzung der beiden Verbände und kommt in längeren Ausführungen zu dem Schluß, daß dadurch ein großer Fortschritt für die Tabakarbeiter geschaffen werde. Zum Diskussionsfächer wurde Kollege Fritsch gewählt. Zur Maßfeier wurde angeregt, daß da, wo es geht, der Tag durch Arbeitsruhe zu feiern sei. Da einige Kollegen der Weiskercher Fabrik wünschten, diese Angelegenheit in einer Fabrikversammlung zu regeln, wurde kein Beschluß gefaßt. Dann wurde noch beschlossen, die Lokalfrage auf die nächste Tagesordnung zu legen.

Potsdam. Am 14. April fand hier eine Mitgliederversammlung statt, an der auch Gauleiter Kiesel teilnahm. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und dem 2. Bevollmächtigten Entlastung erteilt. Dann hielt der Gauleiter einen Vortrag über die Tariffrage und die am hiesigen Orte seit dem letzten Vierteljahr grassierende Arbeitslosigkeit. Redner ermahnte die Kollegen, mehr als bisher auf dem Posten zu sein. Wir eruchten daher die Arbeiterschaft von Potsdam, so viel wie möglich ihre Zigarren dort zu kaufen, wo tarifmäßiger Lohn gezahlt wird, dadurch kann uns paar Kollegen, die wir hier noch am Orte sind, das Dasein ein wenig erleichtert werden.

Neudamm. Die am 20. April abgehaltene Mitgliederversammlung erledigte folgende Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Kartellbericht; 3. Verbandsangelegenheiten. Zunächst gab der 1. Bevollmächtigte den Kassenbericht. Einer Einnahme von 225,38 Mark steht eine Ausgabe von 213,03 M. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 12,33 M. verbleibt. Die Lokalfrage hatte eine Einnahme von 10,65 M., eine Ausgabe von 6 M., mithin Bestand 4,65 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Den Kartellbericht gab Kollege Trippenlee. Das wesentlichste daraus betraf die Maßfeier und die Bildungsfrage. Zur ersteren hat das Kartell den Beschluß gefaßt, die Maßfeier mit Unterstützung des Maßvereins in folgender Weise zu arrangieren: Nachmittags gemeinschaftlicher Spaziergang; abends öffentliche Volksversammlung, daran anschließend gemütliches Beisammensein. Es wird erucht, die Feier nach Möglichkeit zu unterstützen. Zur Bildungsfrage erklärte Kollege Trippenlee: Das Kartell hat sich schon öfter mit der Bildungsfrage der Arbeiterschaft von Neudamm befaßt. Es ist zu der Überzeugung gelangt, daß ein Bildungsbedürfnis durchaus vorliegt. Aus dieser Ursache heraus wird beabsichtigt, einen Bildungsausschuß vom Kartell zu schaffen. Zunächst sei eine Kommission mit den Vorarbeiten für diese Angelegenheit betraut. Die Mitglieder werden erucht, die späteren Veranstaltungen des geschaffenen Bildungsausschusses auch von unserer Seite zu unterstützen. Unter Verbandsangelegenheiten erklärte Kollege Trippenlee einige der im letzten Tabak-Arbeiter veröffentlichten, von anderen Zahlstellen gestellten Anträge zur 15. Generalversammlung. Er beantragte, durch Verbandsbeschlüsse unseren Delegierten zu erlauben, wenn irgend möglich, für diese Anträge einzutreten. Der Antrag wurde angenommen. Es wurden noch einige innere Angelegenheiten erledigt. Im Anschluß an diesen Bericht werden die Mitglieder aufgefordert, die Versammlungen, die ohnehin nur nach Bedarf abgehalten werden, besser zu besuchen. Das ist dringend nötig. Selten kann doch ein Mitglied sein Fernbleiben ernsthaft entschuldigen. Habt ihr schon die Folgen der Tabaksteuer vergessen? Wist ihr nicht, daß wieder Hunderte Millionen gefordert werden? Wissen wir nicht täglich neue Steuern, auch auf den Tabak, fürchten? Wir Tabakarbeiter müssen bei allen Veranstaltungen vollständig auf dem Posten sein. Einigkeit erhält, Uneinigkeit zerstört!

Achtung! Generalversammlung 1912.

Das Empfangslokal befindet sich im Gewerkschaftshaus, Wesenbinderhof 57, 1. Stad. Da sich das Gewerkschaftshaus in nächster Nähe des Hauptbahnhofes befindet, erübrigt sich ein Empfang am Bahnhof. Die antommenden Delegierten verlassen die Bahnhofshalle an der Ankunftsseite, gehen rechts das kurze Ende der Kirchenallee bis zu den Anlagen, dort führt eine kurze Allee (Brodesallee) direkt zum Gewerkschaftshaus.

Begren der am Empfangstage, abends 8 Uhr, stattfindenden Begrüßungsfeier eruchten wir die Delegierten, ihre Reisepositionen so zu treffen, daß sie hier rechtzeitig eintreffen, um an der Feier teilnehmen zu können. Gleichzeitig bemerken wir ausdrücklich, daß nur für diejenigen Delegierten Logis beschafft wird, die uns eine diesbezügliche Mitteilung haben zugehen lassen.
Das Lokalkomitee.
J. A. W. Sander,
Hamburg 1, Pferdemarkt 60, Haus 8, 3. Stg.

Vereinstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Aart Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.
Bürozeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an Gustav Niendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für den Ausschuh bestimmte Aufschriften sind an Emil Gillen, Altona-Diensten, Hohenselch 3, pt., zu adressieren.

Warnung!

Wie dem Vorstande berichtet worden ist, ist vor dem Zigarrenmacher Otto Glöbe aus Pasewalk zu warnen. In Lübben in Mecklenburg, wo G. in Arbeit stand, hat er einen seiner Mitarbeiter namens Wiff. Werth, der sich 80 M. erspart hatte, diesen Betrag entwendet und ist damit verschwunden. Zur Ausführung dieses Gaunerstückes ist der Dieb äußerst raffiniert vorgegangen. Es sind deswegen alle Kollegen vor diesem Menschen gewarnt. Die Bevollmächtigten und andere Kollegen, die den Aufenthalt des G. kennen, wollen dem unterzeichneten Vorstand und der Polizei hiervon Mitteilung machen.
Als besondere Kennzeichen sind zu nennen: Größe 1,70 m, dunkelbraunes Haar, etwas Schnurbart, braune Gesichtsfarbe, kurzschichtig und im Alter von 34 Jahren. Bekleidung ist: Grünfarbener Anzug, weiße Dauernäpfe, schwarze Schnürstiefel mit Laaspitzen. Wahrheitslich ist G. identisch mit dem geuchten Mag Graf aus Berlin. (S. 664, 2. J. 12.)

Bekanntmachungen.

Als verloren gemeldet wurden: Von Seckenheim: Das Mitgliedsbuch S II, 26 511 lautend auf Elise Sebastian aus Mündenheim (Hfals). S. 716, 1. J. 12.)
Von Hamburg: Das Mitgliedsbuch S II, 37 805, Max Kessler aus Danzig, geb. 22. 1. 76, aufgenommen 30. 10. 1911, Nr. 3. (S. 728, 7. J. 12.)

Zur Beachtung!

Alle Ortsverwaltungen, die an den Vorstand schreiben und für Mitglieder Anträge auf irgend eine statutarische Unterstützung begründen, insbesondere Anträge auf Maßregelungs- und Umzugsunterstützung, haben von den Antragstellern die genauen Namen, deren Geburtsort und Datum sowie die Serie, die Buchnummer, das Aufnahmebadatum und die Beitragsklasse anzugeben, und endlich auch über die Beitragsleistung zu berichten.
Bei Anträgen auf Maßregelungsunterstützung ist ferner darüber zu berichten, von welcher Firma die Maßregelung vorgenommen wurde und wann die Arbeitslosigkeit eintritt.
Bei Umzügen ist der Ort anzugeben, wohin der Umzug beabsichtigt wird.
Die Außerachtlassung dieser notwendigen Bedingung erschwert die Erledigung der gestellten Anträge und führt zu unliebsamen Verzögerungen zum Schaden der Mitglieder. Es liegt deswegen im Interesse aller, wenn vorstehendes immer berücksichtigt wird, weil in den meisten Fällen eine schnelle Erledigung gewünscht wird.
Außerdem benutze man bei allen Berichten ein ordentliches Stück Papier und beachte dabei, von oben angefangen einen etwa 7 bis 8 cm breiten und auf der linken Seite einen 4 cm breiten Raum freizulassen, der nicht beschriftet werden darf.

Uebertritt von vom Auslande zugereister Mitglieder.

Wir bringen hiermit in Erinnerung, daß an vom Auslande zugereiste Mitglieder nicht eher Unterstützung ausbezahlt werden darf, bis der Uebertritt in den Deutschen Tabakarbeiterverband vollzogen ist.
Zu diesem Zwecke sind die Mitgliedsbücher oder Mitgliedskarten ausländischer Organisationen an den Vorstand einzulenden und zwar von der Zahlstelle, wo sich der Zugereiste zuerst meldet. Die Zahlstellen Breschfeld, Hebe, Jydebo, Elmshorn und Hamburg haben dies außer acht gelassen und bitten wir, das Vorstehende besser zu beachten.

Betrifft Anträge zur Generalversammlung.

Mehrfach ist bekannt gemacht worden, daß Anträge, die in der Generalversammlung zur Beratung kommen sollen, spätestens bis zum 16. April an den Vorstand zu senden sind; trotzdem gehen noch täglich Anträge ein. Alle Anträge, die nicht bis zum 16. April eintrifft, in den Händen des Vorstandes waren, können nicht zur Beratung kommen. Die Bekanntmachungen des Vorstandes werden veröffentlicht, damit sie gelesen und beachtet werden sollen.
Der Vorstand.

Berichtigung. In der letzten Nummer des Tabak-Arbeiter wurde irrtümlich die Zahlstelle Nr. Stargard als eine derjenigen genannt, die die Statistikfrage nicht eingelangt. Nicht Nr. Stargard unterließ die Einsendung, sondern Pasewalk.

- Abrechnungen vom 1. Quartal 1912 gingen beim Vorstand von nachstehenden Zahlstellen in der Zeit vom 17. bis 24. April ein:
1. Gau: Lauenburg, Segeberg, Rostock, Badersleben, Schiffsd., Glindstedt, Bergeborn, Lübben, Rendsburg.
 2. Gau: Wildeshausen, Langweel, Bremerhaven, Verden, Bassum.
 3. Gau: Hannover, Helmstedt, Erleben, Reine, Stendal, Hilbesheim, Gerthin, Magdeburg, Mühlenghof.
 4. Gau: Oerode, Cassel, Schwäge, Franzenhausen (Kryffhäuser), Kleinmerode, Usar, Einbeck, Hedemünden, Müden, Bello, Moringen, Northem, Herzberg, Pelmarschhausen, Treffurt.
 5. Gau: Böhne, Schwenningdorf, Salzausen, Gameln, Al-Alfen, Schweigeln, Hab Essen, Blasheim, Soest, Appstadt, Derlinghausen, Spenge, Osnabrück, St. Annen, Warendorf, Bodum, Hildertreu, Vellinghausen, Wabbenhausen, Westenger, Hl, Bejenlamp, Ost-Alver, Bantrup, Werther, Spradom, Dünne, Byrmon, Pölsen, Freuh-Düden, Herringhausen, Neuentrichen, Vielesel, Enger, Hiddenhauen, Jsenstedt, Herford, Dortmund, Stitt-Duernheim, West-Alver.
 6. Gau: Gledern, Freyznach.
 7. Gau: Krossdorf, Klein-Steinheim.
 8. Gau: Götting, Ringolsheim, Redareiz, Wiesloch, Lachen, Heppenheim.
 9. Gau: Schorndorf, Schönaich, Straßburg, Stuttgart, Lauffen, Laht, Heidenheim, Bochum, Güder, Hte, Wejentalp, Dt-Gilow, Bannicup,

10. Gau: Eilenberg, Wajungen, Gera, Jelt, Grelz, Vobenstein, Götzh, Wintersdorf, Raumburg, Bamberg, Schmöln, Cönnern, Colleda, Böhlig, Coburg.
11. Gau: Mültweide, Geringswalde, Chemnitz, Dresden, Delfsch, Deberan, Müschien, Neugersdorf, Baugen, Eilsterwerda, Groß-Schöndau, Schönd, Pegau, Eibau, Schweipitz, Wittenberg.
12. Gau: Neufals, Goldberg, Schwerin, Neumarkt, Schmieditz, Muskau.
13. Gau: Kolsterdorf, Prenslau, Dobrilugk, Spandau, Wittenberge, Storkow, Cottbus, Rühlchau, Dahme.
14. Gau: Nr. Stargard, Elbing.

Vom Vorstande sind ernannt:

Schweigeln (Herford): Eduard Hölling als 1., Julius Heeper als 2., Heinrich Rabe als 3. Bev.; Leopoldine Bömeier, Marie Förner als Kontr.
Braunschweig: Franz Klose als Kontrolleur.
Breslau: Paul Pattermann als 1. Bev.
Spremberg: Arthur Dedwerth als 2. Bev.

Adressenänderungen.

Offenburg. Alle Aufschriften sind an Joh. Schle, Goldberg 23 I, zu senden.
Hedemünden. Alle Aufschriften sind an Chr. Welsch, Overtor, zu senden.
Breslau. 1. Bev. Paul Pattermann, Kleine Fürstenstr. 9.
Spremberg. 2. Bev. Arthur Dedwerth, Stamen, Muskauerstr. 40 a.

Unterstützungen werden ausbezahlt:

N.-L. = Arbeitslosenunterstützung. K.-L. = Krankunterstützung.
Neugersdorf. N.-L. nur an Wochentagen in der Fabrik von Schölze & Linke.
Spremberg. N.-L. beim 1. Bev. A. Hoffmann, Bauenerstr. 18. K.-L. beim 2. Bev. Arthur Dedwerth, Stamen, Muskauerstraße 40 a.

Vom 17. bis 24. April sind folgende Gelder bei mir eingegangen. B. = Verbandsbeiträge, E. = Extrabeiträge, F. = Freiwillige Beiträge, N. = Annoncen.

15. April: Raschhausen, B. 114,35, E. 33,75. Meilgen, B. 50.—, E. 50.—. Mültweide, B. 65,75, E. 24,25. Wigenhausen, B. 84.—, E. 28.—. Helmstedt, B. 37.—, E. 43.—. Müllfeld, B. 24,75. Oberhausen, B. 16.—, E. 4.—. Leipzig, E. 177.—. Schöndhausen, B. 40.—, E. 47,50. N. 0,80. Delfsch, B. 155.—, E. 45.—. Berlin J., durch Bruno Sembries, Aut.-Gef. D. Schöndeweide, 12.—, durch Wintelmann, Kollektorbau, Berlin, 14,50. Greiffenberg, E. 10.—. Groß-Steinheim, B. 46,75, E. 13,25. Wansen, B. 50.—, E. 30.—. Hohenleuben, B. 72,25, E. 7,75. Schönaich, B. 288,09, E. 147,95. 16. April: Hüllhorst, B. 135.—. Wulferdingen, B. 75,00. Bergkirchen, B. 49,60. Spenge, B. 300.—, E. 200.—. Gertenbach, B. 7,98. Vichtenau in Hessen, B. 26,86. Juchac, B. 50.—, E. 21.—. Eilenberg, B. 68.—, E. 62.—. Wollersdorf, B. 15,50, E. 34,50. Neufals a. D., B. 40.—. Köchitz, E. 14,25. Hohenhausen, B. 271,74. 17. April: Seddenhelm, B. 100.—, E. 100.—. Finsterwalde, B. 950.—, E. 250.—. Gera, B. 147,75, E. 52,25. Franzenhausen, B. 240.—. Gameln, B. 119,75, E. 9,75. Bochum, B. 139.—. Soest, B. 12,50, E. 27,50. Pingendach, B. 35.—. Wajungen, B. 250.—. Usar, B. 64.—, E. 36.—. Chemnitz, B. 100.—, E. 50.—. Schorndorf, B. 80.—. Straßburg, B. 182,25, E. 17,75. 18. April: Berke, B. 200.—. Burgdam, B. 200.—, E. 200.—. Neuentrichen bei Meile, B. 50.—, E. 19,50. Nordhausen, B. 1200.—. Geringswalde, B. 248,75. Dobrilugk, B. 70,50, E. 19,50. Meuselwitz, B. 100.—. 19. April: Heppenheim, B. 50.—. Oerode, E. 80,25. Schwäge, B. 300.—, E. 50.—. 20. April: Osnabrück, B. 400.—. Jaberstadt, B. 200.—. Müschien, B. 80.—. Wandsbek, B. 200.—. Hedemünden, B. 30,18. Altenburg, B. 375.—. Habersleben, B. 150.—. 21. April: Wildeshausen, B. 33,50, E. 16,50. Elbing, B. 150.—. Eilsterwerda, B. 70.—. Neumarkt, B. 38,50, E. 161,50. Redareiz, B. 34,75, E. 35,25 M.

Berichtigung. In Nr. 16 des Tabak-Arbeiter muß es intern 12. April heißen: Wilmars 40.— statt Wiefel. Intern 9. April muß es heißen: Emmerich B. 45.—, E. 35.— statt B. 80.— M.

Ersuche, die Coupons der Abschnitte der Zahlarten stets mit dem Aufdruck des Zahlstellenstempels versehen zu wollen, damit irrtümliche Buchungen vermieden werden.

Gleichzeitig mache darauf aufmerksam, daß bei Einzahlung der Gelder an den Vorstand die Bevollmächtigten nur unsere Zahlarten benutzen wollen, damit unnütze Portogebühren vermieden werden. Damit die Zufendung von etwa erforderlichen Zuschuß durch unser Postkontokonto erfolgen kann, wolle man die Bestellung rechtzeitig beim Vorstand einreichen.

Falls Zahlarten gewünscht werden, bitte dieses auf dem Abschnitt vermerken zu wollen, damit die Zufendung erfolgen kann.
Bremen, den 26. April 1912. B. Nieder-Walland.

Mitglieder-Versammlungen.

- Donnerstag, den 27. April:**
Wibbecke: Ab. 9, bei Bohne.
Wabbenhausen: Ab. 9, h. Wehmeyer. L.-D. wird bekannt gegeben.
Schönd: Tabakarbeiter und Sortierer, ab. 9, Ratzecker. Gau. Wenzel antwefend.
Sonntag, den 28. April:
Seale i. L.: L.-D. wird bekannt gemacht.
Redarhausen: Nachm. 4,3, i. d. Krone. L.-D.: Abrechnung.
Montag, den 29. April:
Chemnitz: L.-D. wird bekannt gegeben.
Cottbus: Ab. 8, h. Keil. L.-D. wird bekannt gegeben.
Remgo: Ab. 8, h. Mohrmann. L.-D.: Was lehrt die Ausperrung? Ref. Gau. Schläter.
Waldheim: Ab. 9, Schweigertal. L.-D.: Kassenbericht, Kartellbericht, Allgem. Verbandsangelegenheiten.
Donnerstag, den 2. Mai:
Gledern: Ab. 9, h. Sander. L.-D.: Abrechnung, Verschiedenes.

Gestorben:

- Am 17. April zu Gilsenhausen Frau Luise Nukiefer, geb. Joseph, 25 Jahre alt.
 - Am 17. April zu Dahme Rudolf Müller aus Dahme, 66 Jahre alt.
 - Am 17. April zu Apolda Martinus Nielsen aus Danemart, 47 Jahre alt.
 - Am 18. April zu Ohlau Marie Sartvor aus Smortawe, 86 Jahre alt.
 - Am 21. April zu Braunschweig Frau Minne Müller aus Braunschweig, 60 Jahre alt.
- Ehre ihrem Andenken!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Bureau: Hamburg 21, Moorstraße 5, I.
Ausschuh: D. Eibow, Brandenburg a. S., Steinstraße 22.
Schiedsgericht: Gg. Feih, Hamburg 19, Schwenkstraße 64 II.
Eingegangen: Brandenburg 150.—, Kowitz 30.—, Seeheim 50.—, Spenge 100.—, Sandhausen 200.—, Jersdorf 40.—.
Sterbekasse: Ottenen M 114.—, Braunschweig 11,95, Gr. Steinheim 55,30, Brandenburg 28,10, Kowitz 8,67, Halle 60.—, Schmöln 10,15, Barbeck 96,75, Pempin 14,26, Faste a. S. 37,40, Herford 4,80, Ansbach 8,08.
Zuschüsse: Posen M. 50.—, Halberstadt 100.—, Al. Steinheim 200.—, Nordhausen 100.—, Müdenheim 50.—, Wandsbek 75.—, Dietesheim 60.—, Berlin 100.—, Braunschweig 300.—, Hakeb 10.—, Offenbach 50.—.
Krankengeld: M 93.—.
Hamburg, den 22. April 1912. F. Otto.

H Neue Vorstenlanden-Decken-Einkäufe F

in der Einschreibung vom 17. April in Amsterdam

Aussergewöhnlich schöne Farben, schneeweisser Brand!

- Nr. 1749. Hellfahl weisse Farben, Vollbl. 1. Länge, zart, feine Rippen, riesig blattig, ungewöhnlich schön Mk. 6,25
- Nr. 1748. Schwarzes Sandblatt, Vollbl. 2. Länge, durchweg tatsächlich schwarze Farben, zart, weich leicht „ 4,50
- Nr. 1746. Fahlheller Linksroller, Vollbl. 3. Länge, gross, sehr deckfähig, reinfarbig „ 3,50
- Nr. 1745. Eleganter Spickeltabak, Vollbl. 1. Länge, ganz reinfarbig, matt, wunderbarer Rechtsroller „ 3,50
- Nr. 1744. Weisse und matte Farben, Loehblatt 2. Länge, zart, sehr blattig, ausserordentlich schön „ 2,50

Sie fertigen mit diesen Decken ein konkurrenzlos schönes Fabrikat!

Jch bitte, bei Benutzung von vorgedruckten Bestellkarten auf meine Firma zu achten, da meine Kataloge fortgesetzt in Form, Ausstattung und Inhalt nachgeahmt werden

ca. 14000
gebrauchte Formen
viele moderne Fassons
zurzeit vorrätig
Abbildungen auf Wunsch

Heinrich Franck

Berlin N. 54
:: Brunnen-
Strasse 22

Gegründet 1879

Postscheckkonto: Berlin 1738

Telephon: Amt Norden 4352

Ausserordentlich preiswertes Angebot!

Umblatt

Java, 1. Länge Vollblatt	140	verz.
do. 2. do.	150	„
Carmen 1a 1a	125	„
„ 1a 1a	140	„
Domingo, zart, leicht	115	„
do. feinste Qualität	135	„
Seedleaf	145	„
Sumatra, 3. Länge Vollblatt	160	„

Einlage

1a Losgut, rein überseeisch, sehr blattig	100	verz.
gemischte Original-Tabake	110	„
Java, sehr blattig, leicht	110	„
Carmen, grossblattig, Umblatt liefernd	110	„
Domingo, blattig, sauer	105	„
geschnittene Einlage, Java-Brasil-Mischung	110	„
St. Felix Brasil, gedeckt, Aufleger	145	„

Deckblatt

Sumatra, 2. Länge Vollblatt	200	verz.
do. 2. Länge Stückblatt	215	„
do. 2. Länge Vollblatt, hellbraun	220	„
do. 2. Länge Vollblatt, hellmatt	270	„
Vorstenland, 1. Länge Vollblatt, spottbillig	260	„
Mexico, schwarz, feinste Qualität	375	„

Machen Sie in Ihrem eigensten Interesse von vorstehendem spottbilligen Angebot Gebrauch!

Brinkmeier & Co.
Bremen, Geeren 42

Zur Generalversammlung!

Deutscher Tabakarbeiter-Verband * Verband der Zigarrensortierer u. Kistenbehleber Deutschlands
Zahlstellen Hamburg-Altona

Anlässlich der am 13. Mai d. J. beginnenden Generalversammlung beider Verbände, findet Sonntag, den 12. Mai, in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses zu Ehren der Delegierten ein

Begrüßungsabend

statt, bestehend in Konzert und nachfolgendem Ball. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Liedertafel „Gutenberg“ von 1877, „Sdb-Quartett Hamburg“, Herr R. Lindau, Rezitation.

Saalöffnung 7 Uhr abends, Anfang präzise 8 Uhr. Eintritt ist frei, Mitgledsbuch legitimiert. Jedes Mitglied ist berechtigt, eine Person frei einzuführen.

Mittwoch, den 15. Mai 1912

Hafenrundfahrt mit anschliessender Fahrt nach Blankenese-Falkenthal

Abfahrt 1 1/2 Uhr vom Stadteich (Lauenburger Dampfer) auf der Rückfahrt St. Pauli anlegend.

Um den Teilnehmern Gelegenheit zu geben, den neuen Elbtunnel besichtigen zu können, wird der Dampfer an den St. Pauli-Landungsbrücken anlegen. Weiterfahrt von dort zirka 3 Uhr. Nachzügler mögen sich dort anschliessen. Karten für die Mitglieder und ihre Angehörigen sind in beschränkter Anzahl bei den Boten respektive Fabrikdelegierten unentgeltlich zu haben.

Um rege Beteiligung an beiden Veranstaltungen seitens der Mitglieder beider Verbände bittet

Das Lokalkomitee

Telephon 11 858. Postscheckkonto Leipzig No. 9928.

Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bahnhofstrasse 6

empfehltes, besonders preiswert und gut

Sumatra-Decke & 200, 210, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 320, 350, 360, 410, 500	Java-Decke & 160, 170, 180	Vorstenl.-Decke & 250, 300, 400, 500	Java-Umblatt & 150, 160, 170, 175, 180, 185, 190	Java-Einlage & 120, 125	Zufuhrblätter & 130, 135, 140	Felix-Decke, feinstes Brand & 220	Felix-Einlage & 125, 145, 150, 160, 170, 175	Navanda, hochfeine Einl. & 270, 350	Yara-Cuba, hochfein, & 280	Carmen-Umblatt & 130, 140, 145, 150	Carmen-Einlage & 115, 125	Domingo-Umblatt & 135, 145, 150	Domingo-Einlage mit Umblatt & 110, 115, 120	Mexiko San Andres & 480, 450, 400, 140	Losgut, sehr blattig und gesund & 120, 130	Hermanns & 105, 110, 115
---	----------------------------	--------------------------------------	--	-------------------------	-------------------------------	-----------------------------------	--	-------------------------------------	----------------------------	-------------------------------------	---------------------------	---------------------------------	---	--	--	--------------------------

Preise per Pfund bezogen inkl. Transport. Versand unter Verpackung mit 3 Pfund Glotto. Bitte bestellte neue Preise.

Achtung!!

Wir empfehlen:

- Sum.-Decke 2, 2,20, 2,50, 2,80 bis 3
- do. Umblatt 1,50, 1,55, 1,60 bis 2
- Borneo 1,45 bis 5
- Java-Deckblatt 2, 2,20, 2,60 bis 4
- Umbl. u. Einlage 1,10, 1,20, 1,30, 1,70
- Brasil-Deckblatt 2,40, 2,50, 3,20
- Umbl. u. Einl. 1,25, 1,35, 1,50 bis 1,90
- Havana 1,60, 2,20, 3, 3,50 bis 10
- Seedleaf 1,10, 1,40, 1,50, 1,60
- Domingo 1,10, 1,20, 1,30 bis 1,50
- Mexiko u. Yara-Kuba 1,55 bis 5,20
- sowie alle übrigen Tabake zur Zigarrenfabrikation in gross. Auswahl.

Hengstoss & Maak

Altona-Ottensen :: Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 25.

Grosses Lager in gebrauchten Wickelformen

Lieferung neuer Formen nach vorrätigen Maßangaben und Probeformen.

W. Snitker & Steffen
Bünde und Herford
Zigarrenkisten-Fabrik.

Rohtabak!

Sumatra 1,60, 1,65, Decke hell 3,20, 4
Brasil 1,50, 1,60, 170 M.
Java 1,20, 1,65, Decke 5,40 M.
Losgut, rein amerikanisch, 1,10 M.

Alle übrigen Sorten äusserst billig!
Wilhelm Puchler
Altona, Paulstraße 14.
Versand nur gegen Nachnahme.

Die Bevollmächtigten, in deren Bereich der Kollege Max Hoffmann aus Barmen 5. Weissen befindet, werden ersucht, den Unterzeichneten wegen wichtiger Verbandssachen die Adresse desselben mitteilen zu wollen.

H. Köpfer, 2. Bau-Weissen (Sachl.), Mendestr. 4 pt.

Christian Müller aus Wittenhausen in Wittenhausen, wo auch bei ihm keine Adresse bittet Paul Müller, 1. Bau-Weissen 1. 20., Schubergerstr. 10.

Die Bevollmächtigten werden ersucht, denselben hierauf aufmerksam zu machen.

Briefkasten.

Weissen 80 M.
Altona 60 M.